Regierung der VR-Albanien ...

KEINE TEILNAHME

an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz.

Seite 5

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 4. Dezember 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

KHD KÖLN:

STREIK!

PROZESS ERÖFFNET!

Der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, soll vor Gericht

ANKLAGESCHRIFT

... wird angeklagt, ...

1. in dem von ihm verantwortlich hergestellten ... Flugblatt 'Kampf dem Verbundtarif – Kampf für den Nulltarif' – die Bevölkerung Münchens aufforderte, sich gegen geplante Fahrpreiserhöhungen der öffentlichen Nahverkehrsmittel u.a. durch Blockieren der Strassenbahnschienen sowie Unbrauchbarmachung der Fahrscheinentwerter zur Wehr zu setzen.

2. ...die Sprengstoffverbrechen am 11. 5. 72 im Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg, wo ein Mensch getötet wurde, ... gutgehiess ...

3. ...usw.

Vergehen und Ordnungswidrigkeiten gem. Paragraph 111 i.V. m. 240, 303, 140 i. V. m. 138 Abs. 1, 211,311, 74 StGB, 21 Abs. 1 Ziff. 1 i. V. m. 8 Abs. 1 Hamburgisches Pressegesetz, 16 OWiG.

Diese Masse Paragraphen richtet sich nicht gegen einen millionenschweren Steuerhinterzieher, auch nicht gegen einen Industriellen, der das Grundwasser mit giftigen Abwässern verseucht. Gegen diese Volksschädlinge führt 'unsere' Justiz höchstens Justizkömmödien vor, wenn's nicht anders geht (z.B. Contergan-Prozeß!).

Bei dem Angeklagten handelt es sich um den Vorsitzenden der KPD/ML, unseren Genossen Ernst Aust. Diesen Sprecher der arbeitenden Bevölkerung will das Gericht jetzt mundtot machen. Sein Verbrechen: Er hat seine 'Meinungsfreiheit' dazu 'mißbraucht', den Werktätigen die Wahrheit über das kapitalistische System zu sagen.

Wenn der Vorsitzende der KPD/ML zum Kampf gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen aufruft, wem schadet er damit? Etwa Arbeiterfamilien, armen Schülern und Rentnern, die sowieso kaum wissen, wie sie bei den Preistreibereien durchkommen sollen?

Was haben US-Offiziere in Deutschland zu suchen? Die fraglichen Offiziere waren alle in Vietnam. Wieviel Blut klebte an ihren Händen? Sollen wir als Kommunisten trauern, wenn der Haß eines Revolutionärs vier Söldnern der US-Konzerne das Licht ausbläst?

Ernst Aust soll mundtot gemacht werden. Und mit ihm alle, die es wagen, dieses System verbrecherisch zu nennen und zu seinem Sturz aufzurufen.
Schließen wir uns noch enger zusammen und organisieren wir eine breite Solidarität.

FREIHEIT FÜR ERNST AUST!

Beweise für Entschlossenheit der Metallarbeiter



Das Bild aus der Metall-Zeitung zeigt·
Die Geduld ist zu Ende:
7 000 KHD-Arbeiter demonstrierten in Köln gegen Kürzung des Weihnachtsgeldes.

Köln. Den Kollegen von Klöckner-Humboldt-Deutz soll das Weihnachtsgeld gekürzt werden. Alle zusätzlichen innerbetrieblichen Vereinbarungen sollen wegfallen. Die Antwort der KHD-Arbeiter und Angestellten: 6 Tage lang Streik. Demonstration durch Köln zum Verwaltungsgebäude.

Zur machtvollen Belegschaftsversammlung am 8. November wagte KHD-Boss Dr. Sonne gleich gar nicht zu erscheinen – aus 'Sicherheitsgründen', wie er sagte. Nach einer Woche mußten die Lohnkürzungen teilweise zurückgenommen werden.

Der Streik der KHD-Kollegen war eine weitere Generalprobe für die Metalltarifrunde. Am beeindruckendsten an diesem Streik war die machtvolle und entschlossene Solidarität. So solidarisierten sich die Mehrheit der Angestellten mit den Forderungen der Arbeiter. Auch die Angestellten im Hochhaus, die während des Streiks eingesperrt waren, beteiligten sich an einer Solidaritätssammlung. Das Küchenpersonal erklärte sich bereit, einen vollen Tageslohn zu spenden. In den KHD-Betrieben in Ulm, Mainz, Bochum und Oberursel wuchs ebenfalls eine Streikfront. (Siehe Bericht vom Streik bei KHD-Ulm, Seite 4). Solidaritätsschreiben von 30.000 Ford- und 6.000 F&G-Kollegen unterstützten den Kampf. Die Metall- und Stahlbosse wissen, was auf sie zukommt!

KRIEGSRECHT IN BOLIVIEN

Die US-Marionette Hugo Baner in Bolivien hat den Ausnahmezustand im ganzen Land ausrufen lassen. Soldaten mit Panzerfahrzeugen umstellten am 23. November die Arbeiterviertel von La Paz. Fabrikgebäude wurden unter Bewachung gestellt, 'um Besetzungen durch streikende Arbeiter zu verhindern' (dpa). Zahlreiche Arbeiterführer wurden verhaftet.

Mit diesen Bürgerkriegsmassnahmen wollte die Banzer-Clique den für den gleichen Tag angekündigten Generalstreik verhindern. Die Arbeiter liessen sich nicht einschüchtern. Statt wie geplant, einen nur 24-stündigen Streik durchzuführen, wird jetzt unbefristet gestreikt. Die Arbeiter fordern die Freilassung verhafteter Gewerkschafter und mehr Lohn. Textilarbeiterinnen drohten mit Hungerstreik, solange bis die Arbeiterführer freigelassen sind. Wie ein Streikführer sagte, werden sie bis zur 'letzten Konsequenz' kämpfen.

Inzwischen wurden weitere Forderungen der Arbeiter aufgestellt: Rückzug aller Militär- und Polizeitruppen von den Industrie- und Arbeitervierteln. Aufheubng des Kriegsrexchtes. Allerorts wird die Forderung nach der Verjagung der Yankee-Imperialisten und ihrer einheimischen Handlanger in Bolivien erhoben.

Nach den Wahlen kommt das Zahlen

WEG MIT DER ILLUSION VOM 'KLEINEREN ÜBEL SPD'!

Düsseldorf. Hans Wertz, SPD, Finanzminister von NRW, sagte zu den anstehenden Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst: "Stabilität fordert auch auf dem Sektor der Lohn- und Gehaltsraten ihren Preis."

Wertz legte einen Haushaltsplan für NRW für 1973 vor. Er ist im Vergleich zum Vorjahr um 11,49 % gestiegen. Wertz betont ausdrücklich, dass mit jeden 2,5% mehr Lohn und Gehalt für die Arbeiter und Werktätigen im öffentlichen Dienst, der Landeshaushalt um 1% ansteigen würde.

Das ist die Drohung mit der weiteren Inflation! Wie kommt es, daß der Landeshaushalt so aufgebläht ist? Wie kommt es zu einer Steigerung von 11,49 %, obwohl SPD-Wertz ganz bewußt die Lohn- und Gehaltssteigerungen noch nicht eingerechnet hat?! Der Landeshaushalt wächst nicht für die versprochenen 'Reformen', im Interesse der Werktätigen, sondern für 'Reformen' wie z.B. die Aufrüstung und Umrüstung von Bundesgrenzschutz und Polizei in NRW! Und Geld soll dem Steuerzahler aus der Tasche gezogen werden, um es den Zechenherren an der Ruhr milliardenweise in den Rachen zu schmeissen, wenn sie die Zechen schliessen.

ÖTV-Boss Klunker und seine Mannen werden sich sicher an die 'Mass-Halte'-Appelle ihrer Parteifreunde aus den Ministerien halten. Schliesslich will ja auch mal ein Kluncker auf so einen Ministersessel kommen.

Für die Werktätigen an der Ruhr aber heißt es: Schluß machen mit der Illusion vom 'kleineren Übel' SPD! Die SPD ist das gefährlichere Übel – denn sie stiehlt uns den Lohn und kann darüber viele noch mit schönen Sprüchen täuschen! Die SPD läßt aufrüsten und täuscht die Massen mit 'Friedens'reden.

Wahlanzeige einer 'Bürger-Initiative' im Bundestagswahlkampf 72

Sozialismus ja oder nein

Kommentar zur Wahl

"Am kommenden Sonntag müssen Sie sich entscheiden, ob Sie in einem sozialistischen Staat leben wollen, oder nicht", so hatte es noch kurz vor der Bundestagswahl in einer der zahlreichen Anzeigen der CDU/CSU bzw. der mit ihnen liierten sogenannten 'Bürgerinititativen' geheißen.

Wäre dem so, so hätten wir jetzt den Sozialismus oder wären auf dem besten Wege dazu. Denn immerhin wurde die SPD die stärkste Partei und auch die FDP konnte ihren Stimmenanteil beträchtlich erhöhen, sodaß die Koalition SPD/FDP mit 272 Mandaten gegenüber den 224 der CDU/CSU und den kommenden Jahre gesichert erscheint. Es wird der CDU/CSU und den hinter ihnen stehenden Monopolkapitalisten schwerer fallen, statt, wie im letzten Bundestag 12, jetzt 48 Bundestagsabgeordnete zu kaufen. Unmöglich wäre allerdings auch das nicht. Rechnet man pro zu kaufenden Abgeordneten 1 Million DM, so wäre das dennoch nur rund ein Sechstel der Summe, die der Wahlkampf gekostet hat. Aber sicher werden im Zuge der Inflation neben Milch, Kartoffeln und Fleisch, auch die Preise für Abgeordnete steigen.

Wie dem auch sei, untersuchen wir, was die Wahlen der Arbeiterklasse, den Werktätigen gebracht haben. – Eines muß man feststellen. Noch nie in den letzten 20 Jahren wurde der Kampf um den Platz an den Futtertrögen des Parlaments mit solcher Heftigkeit geführt, wie diesmal. Mit voller Breitseite schossen sich CDU/CSU und Freunde auf die 'sozial-liberale' Koalition ein. Beriefen sie als Zeugen für ihre guten Absichten angefangen von 100-Meter-Läufern, Springreiter und Fußballstars, über das Professorenpaar Erhard und Schiller, Faschisten und Militaristen vom Schlage der Generäle und Admirale Trettner und Zenker bis zum verblichenen Kriegstreiber Winston Churchill. 'Sozialismus ist die Philosophie des Versagens'. Behaupteten sie, Brandtstünde im Bunde mit dem angeblichen 'Bankräuber und politischen Bandenchef' Mahler, dem ehemaligen SDS-Führer Rudi Dutschke, der DKP. Er sei ein Mörder und wolle die Bundesrepublik an die Sowjetunion verkaufen. Beschwören sie die 'Gefahr des roten Faschismus', der 'Enteignung durch Sozialisierung', ein 'Leben nach autoritären Vorschriften', der drohenden 'Diktatur', ein 'freudloses Leben im Sozialismus'. Verlangten sie 'Sicherheit auch für unsere jüdischen Mitbürger', die durch arabischen Terror bedroht seien. Fragten sie: 'Soll alles umsonst gewesen sein Unsere Arbeit, unsere Mühen? Sollen wir unsere junge, freiheitliche Demokratie leichtfertig für sozialistischen Machtwahn und rote Utopien aufs Spiel setzen?' Behaupteten sie, die Bundesrepu-

Ein neues römisches Reich?

Der EWG-Ministerrat debattierte im November über die Mittelmeerpolitik der EWG-Staaten. Im Mittelmeerraum soll eine Freihandelszone errichtet werden: Die Expansion der EWG-Staaten in den Mittelmeerraum erleichtert werden.

Aber am Mittelmeer steht bereits ein anderer Konkurrent: Der USA-Imperialismus. Großbritannien, Niederlande und die Bundesrepublik wollen es mit der USA nicht allzuschnell verderben. Schliesslich will Bonn z.B. nicht riskieren, daß die Volkswagenzölle in USA noch mehr steigen. Italien hat ebenfalls 'Bedenken' – vor allem auch deshalb, weil es weiterhin auf seinem bevorzugten Markt in den Mittelmeerländern nicht verzichten will. Schliesslich nimmt die italienische Expansion wie einst unter Mussolini rasch wieder zu. Gegen die Auffassung dieser EWG-Staaten stellt sich vor allem Frankreich. Schumann meint man solle die Interessen der USA nicht 'in überbetonter Weise' (FR, 7.11.) berücksichtigen. Schliesslich wickeln die Mittelmeerländer nur etwa 5% ihres Außenhandels mit den USA ab, während der Außenhandel mit der EWG 50-60% beträgt.

Die USA, die in den arabischen Ländern immer weiter isoliert wird, baut hauptsächlich auf die Eroberungen ihres Kriegers Moshe Dayan in Israel. Demgegenüber versuchen die EWG-Staaten einen 'Friedens'plan für Nahost vorzulegen, der zwar genauso ein imperialistischer Aufguß ist aber in bestimmten Fragen kleine Zugeständnisse an die arabischen Völker geben will. Frankreich stimmte sogar gegen 'Anpassungsverträge' mit Israel. Einig war man sich in einem: Die Mittelmeerländer, die im Jahr 2000 etwa 180 Millionen Menschen umfassen, sollen in das EWG-Imperium eingegliedert werden. Schliesslich geht es nach wie vor nicht nur um billige Arbeitskraft in den arabischen Ländern, sondern auch um Öl, Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte. Die arabischen Völker werden sich nicht von neuen 'römischen Cäsaren', den Monopolen Europas ausbeuten lassen.

Kämpft für die kommunistische Wochenzeitung ROTER MORGEN!

Leser des Roten Morgen, Genossen und Freunde, die jetzige Lohnbewegung zeigt bereits wieder einmal: Die gleichgeschaltete bürgerliche Presse denkt nicht daran, ausführlich und korrekt über die Lage der Arbeiter und Angestellten, über die Stimmung in den Betrieben und der Gewerkschaft, über den Ablauf der Verhandlungen zwischen

KLASSE GEGEN KLASSE

Düsseldorf. Die Tarifverhandlungen für die rund 30.000 Beschäftigten im Wäschereigewerbe des Bundesgebiets sind gescheitert. Die am 30. Oktober zwischen der Spitze der Gewerkschaft Textil/Bekleidung und Kapitalisten ausgehandelte Tarifabmachung wurde von den Kapitalisten widerrufen. Da keine Schlichtungsordnung besteht, wird mit harten Auseinandersetzungen gerechnet. Der Schlichtungsbetrug, bei dem angeblich 'neutrale Schlichter' die Sozialpartner 'einigen' helfen, dient dazu, den Verrat der DGB-Bonzen an den Forderungen der Gewerkschafter zu verschleiern. Wenn die Bonzen nicht mehr weiter offen zurückstecken können, springt der Schlichter ein. Der Schlichtungsbetrug muß auch von vorneherein von den Metallern abgelehnt werden!

Sie kriegen nie genug!

Kapitalistische Rationalisierung: Weniger Arbeitsplätze und trotzdem höhere Profite für die Konzernherren. So sieht das heute in immer mehr Betrieben aus. So auch bei den 34 Fabriken des Philips-Konzerns in Westdeutschland und Westberlin. 1971/72 arbeiteten noch 33.900 Kollegen bei Philips, 3.000 weniger als im Jahr zuvor. Gleichzeitig wurde allein in Westdeutschland 154,4 Millionen DM Gewinn erzielt. Außerdem erfolgte eine Ausschüttung von 20 % (Vorjahr

blik sei durch eine Wahl der SPD/FDP 'in ihrer Existenz gefährdet' und stellten die Bundesbürger vor die Alternative: Entweder ihr wählt in dieser 'Schicksalsstunde' uns und damit die Freiheit oder ihr gebt 'dem Sozialismus freie Fahrt'.

Und viele, sehr viele Arbeiter und Angestellte gaben dem 'Sozialismus' oder besser den Illusionen über den angeblichen Sozialismus der SPD freie Fahrt. Warum war es im Interesse der Bourgeoisie, daß die CDU/CSU die SPD als 'sozialistisch' bezeichnete? Sie rechnet damit, sie weiß, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den kommenden Jahren wachsen werden, daß die Inflation, die allgemeine Krise in der Bundesrepublik, genau wie in allen kapitalistischen Staaten sich verschärft. Daß die relative und absolute Verelendung der werktätigen Massen wachsen wird, daß die Klassenkämpfe sich verschärfen: Soll also – so rechnet sie – die SPD/FDP-Koalition mit diesen Schwierigkeiten fertig werden. Soll sie sich durch Steuererhöhungen, Lohnraub, Faschisierungsmaßnahmen etc. in den Augen der werktätigen Massen abwirtschaften. Dann kann man bei kommenden Wahlen behaupten: Seht, was euch der 'Sozialismus' eingebracht hat. Dann wäre die Stunde gekommen für die reaktionärsten Vertreter des Monopolkapitals, für den unverblümten Übergang zum Faschismus.

Für die herrschende Klasse war diese Wahl u.a. ein Test. Ein Test dafür, wie weit sie schon heute mit einer reaktionären, antikommunistischen Propaganda gehen kann, indem sie die Frage auf 'Freiheit und Ordnung oder Sozialismus' zuspitzte. Die Massen haben ihr die Antwort gegeben. Das ist gut und nicht schlecht. Uns aber zeigt das Wahlergebnis, welch große Illusionen Millionen von Arbeitern noch vom Parlamentarismus, von der SPD haben. Daß sie noch nicht erkennen, daß die SPD nichts weiter ist als eine Partei der Monopolbourgeoisie, ein stinkender Leichnam, wie Rosa Luxemburg schon 1914 sagte.

Wie die CDU/CSU und Freunde von der einen Seite die SPD als 'sozialistisch' hinzustellen versuchten, um damit deren Rolle als Partei der Monopole zu verschleiern, versuchten es die modernen Revisionisten von der DKP von der anderen Seite, indem sie die SPD gegenüber dem sogenannten 'Rechtskartell' von Strauß und Barzel als fortschrittlich, entspannungsfreundlich und friedliebend bezeichnete und eben damit der Bourgeoisie in die Hände arbeitete, die die SPD noch braucht. Braucht, um die vorerst noch 'friedliche' Expansion gen Osten voranzutreiben. Noch ist der Grundvertrag zwischen der DDR und der DBR nicht ratifiziert. Noch steht die Konferenz über die sogenannte europäische Sicherheit bevor. Noch kann man auf 'Friedenswilly' nicht verzichten.

Angesichts dieses Zusammenspiels zwischen Bourgeoisie und modernen Revisionisten war es denn auch kein Wunder, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit die SPD wählten. Warum taten sie das?
1. Weil sie in Strauß und Barzel, in der CDU/CSU, die reaktionärste Vertretung der Monopolbourgeoisie sehen.
2. Weil sie für den Frieden sind und die Ostpolitik der SPD/FDP Regierung für eine Friedenspolitik halten.
3. Weil ein Teil von ihnen in der SPD; im Gegensatz zur CDU; das 'kleinere Übel' sieht.

Die DKP selbst blieb mit 0,3% auf der Strecke. Heißt das aber, daß die modernen Revisionisten damit weniger gefährlich sind? Nein. Ihre Gefährlichkeit liegt auch in der Zutreiberrolle; die sie für die eine Partei der Monopole; die SPD; spielt. Zum anderen hält sie sich für jene bereit; die die reaktionäre Rolle der SPD immer klarer erkennen; um sich selbst als 'kommunistische' Alternative anzubieten.

War es richtig, daß unsere Partei, da sie aus genannten Gründen keine Kandidaten zur Wahl aufstellen konnte, zum aktiven Wahlboykott aufzurufen?

Ja. 1,2 Prozent der Wähler – also 4mal soviel wie die DKP wählten – stimmten ungültig.* Für uns aber war die Losung 'Aktiver Wahlboykott' hauptsächlich ein Mittel, um in den Wahlkampf ein zugreifen, den bürgerlichen Parlamentarismus zu entlarven, den Kommunismus und die Ziele unserer Partei zu propagieren. Es konnte, da wir uns nicht selbst zur Wahl stellten, nur diese Antwort geben. Oder sollten wir etwa, wie einige 'Kommunisten' verlangten, zur Wahl der SPD, unserer Unterdrücker, aufrufen, damit diese sich in den kommenden 4 Jahren noch besser entlarvten? Das genau war die Parole der SPD bezüglich der Nazis vor 1933: Laßt sie man rankommen, sie werden sich schon von allein entlarven. Das hieße doch jemandem empfehlen, sich mit dem Hintern auf die heiße Herdplatte zu setzen, damit er die Erfahrung macht, daß er sich dabei verbrennt. Kein Kollege hätte es verstanden, wenn wir ihn aufgefordert hätten: Wähle SPD, du wirst schon selbst merken, was du davon hast.

Die Folgerung aus dieser Bundestagwahls muß für uns sein: Verstärkter Kampf gegen die Monopolbourgeoisie und ihre Agenten im Lager der Arbeiterklasse. Zerschlagen wir im Klassenkampf alle revisionistischen und reformistischen Illusionen!

* Natürlich nicht allein wegen unseres Aufrufs zum aktiven Wahlboykott

Gewerkschaftsführern und Kapitalisten zu berichten. Ganz zu schweigen davon, wenn es zum Streik kommt. Entweder wird dieser tot geschwiegen oder die ungeheuerlichsten Märchen verbreitet. Die Metaller wussten, warum sie im September 1969 Bildzeitungen vor dem Werkstor verbrannten.

Eine Arbeiterzeitung muss von Arbeitern geschrieben werden. Das wichtigste ist natürlich der Klassenstandpunkt, der sich in jeder Zeile widerspiegeln muss. Wichtig sind auch jene Informationen, die die bürgerliche Presse bewusst unterdrückt. Der Rote Morgen muss ein lebendiger Organismus sein, dessen Nervenstränge fest in den Betrieben wurzeln. Daher müssen unbedingt mehr Korrespondenten aus den Reihen der Arbeitergenossen gewonnen werden. Kommt es jetzt in den Lohnkämpfen zum Streik, so muss sich jeder – auch parteilose Kollegen – sofort an den Roten Morgen wenden. Beim wöchentlichen Erscheinen im neuen Jahr hoffen wir, nicht nur aktueller zu sein, sondern vor allem noch mehr den Pulsschlag der Arbeiterbewegung, die Stimme der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.

ARBEITER! SCHREIBT AN EURE ZEITUNG!

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Unterstützung!

7.11.	Stadtteilgruppe Zellerau/Würzburg	DM	22,55
7.11.	Koebau-Arbeiter, Würzburg		3,65
9.11.	R.G., Westberlin		13,–
9.11.	Stadtteilgruppe Kreuzberg/Westberlin		60,–
9.11.	Ortsgruppe Hamburg		200,–
10.10	U.B., Küssnacht/Schweiz		13,80
10.10.	R.H., Hamburg		50,–
14.11.	B.S., Dortmund		130,–
14.11.	U.S., Hamburg		9,–
15.11.	W.K., Essen		10,–
16.11.	AEG-Kollegen, Westberlin		100,–
16.11.	H.Z., Berlin-Charlottenburg		50,–
16.11.	H.J.		5,–
16.11.	Berliner Genossen		10,–
	Ergebnis:	DM	676,–

18 %) Dividende an die Herren dieses Konzerns mit Stammsitz Niederlande.
Mit weiterem Abbau von Arbeitsplätzen, durch 'Umstrukturierung', 'Reorganisation' und auch durch Verlagerung in 'Niedriglohnländer' soll die Profitspirale bei Philips sich weiterdrehen.

Kurzarbeit bei gleichzeitigen Überstunden – auch das istein typisches Zeichen der kapitalistischen Rationalisierung. So wurden jetzt im Stahlwerk Mannheim GmbH 150 Arbeiter aus der Formerei auf Kurzarbeit gesetzt. Die Kurzarbeit soll sich bis Weihnachten hinziehen. Währenddessen werden in der Abteilung Maschinenbau ständig weiter Überstunden verlangt.



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Redaktion:
43 Essen 1
Postlagerkarte A 009660
Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612
Postscheckkonto:
Hamburg, Nr. 26 27 67 **Ernst Aust**
Verlag. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg.
Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland DM 11.– für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland DM 11.– für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

60 Pfennig 'fordert' die große Tarifkommission der IGM

Soll das ein schlechter Witz sein?

Gesamt-Metall-Boß Horst Knapp hat bereits wieder durchblicken lassen: Mehr als 5 % wollen die Kapitalisten im kommenden Tarifkampf nicht bieten. Vorerst werden sie die gleiche Taktik wie letztes Jahr anwenden: gar keine Angebote.

Und die Gewerkschaftsführer der IGM? Der gleiche Verrat wie letztes Jahr! Mit 60 Pfennigen mehr für Arbeiter und 11 % für Angestellte stellen sie Forderungen auf, die selbst bei ihrer vollen Durchsetzung Lohnsenkungen bedeuten würden. Die Begründung der IGM-Herren für diese Unverschämtheit erinnert verdammt an letztes Jahr: '... maßvolle Zurückhaltung im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage' ... Gleichzeitig mächtiges Gedonner gegen die hohen Profite der Konzerne – und anschließend wieder runtergehen auf die 7-9 % (sprich 'Lohnleitlinie') – ganz wie letztes Jahr.

Die SPD/FDP-Regierung hat sich nun aber noch was besonderes ausgedacht. Das 'Stabilitätsgesetz' soll Anwendung finden, wie Schmidt (SPD) sagte. Schmidt verkündete bereits weitere Steuererhöhungen für 73 – und genau darum handelt es sich: Was sich die Arbeiter an Lohn erkämpfen, soll über den Staat umverteilt werden – von der Tasche der Werktätigen in die Geldsäcke der Kapitalisten. Der Arbeiter merkt dies dann bei seiner Abrechnung, wie die vergangenen Steuer-, Versicherungs- und sonstige Beitragserhöhungen im Nettolohn eingeschlagen haben. Zusammen mit der Inflationsrate von 6,4% sieht der Lohnraub, den uns die IGM-Bonzen schmackhaft machen wollen, folgendermassen aus:

Ein Beispiel

Facharbeiter der Lohngruppe 7 in der Metallverarbeitung von NRW, verheiratet, keine Kinder:

Tarifstundenlohn	5,42 DM
Effektiver Zeitlohn	7,00 DM

Bei einer Normalarbeitszeit von 173 Stunden ergibt das einen Monatsverdienst von 173 x 7 = 1.211 DM. –

Steuerklasse II/O	149,00 DM
Rentenversicherung	102,93 DM
Krankenversicherung	56;92 DM
Arbeitslosenvers.	10;30 DM
Gesamte Abzüge	319,15 DM
Netto-Lohn	891,85 DM

Bei einer Lohnerhöhung von nur 60 Pfennig pro Stunde ergäbe sich:

Erhöhter Effektivlohn	7,60 DM

Das ergäbe einen neuen Monatslohn von:

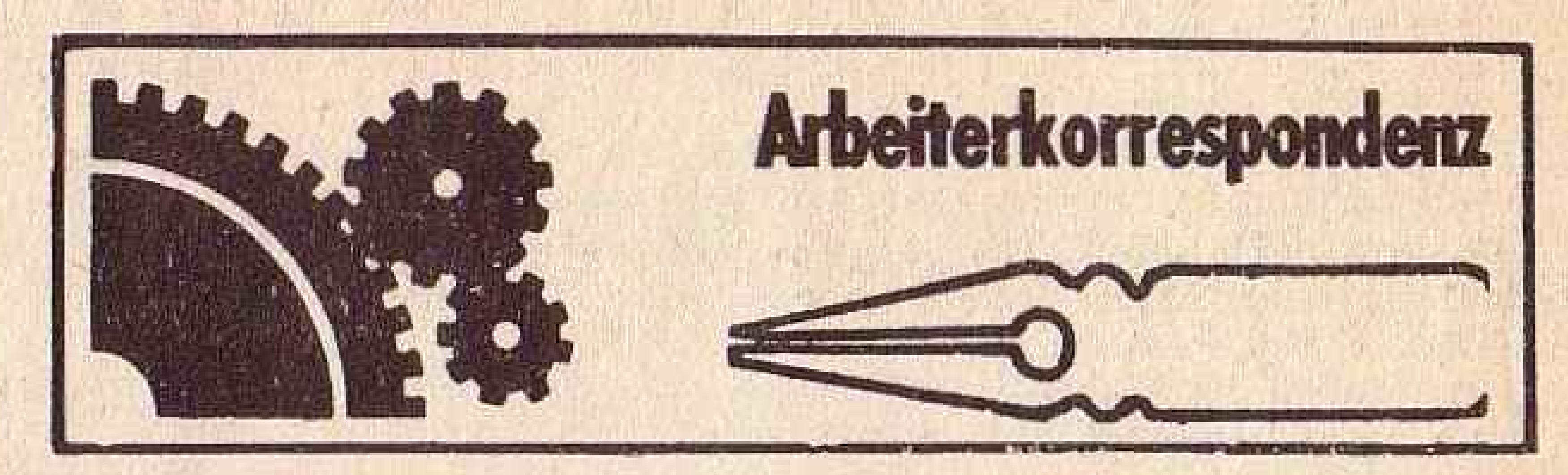
173 x 7,60	1.314,80 DM
Gesamtabzüge (Berechnung wie oben):	359,30 DM

Also ganze 63,65 DM mehr! Die sind bei der jetzigen Inflationsrate von über 6 % bereits in den Wind geschrieben. Das kann jeder nachrechnen. Aber die Preissteigerungen gehen ja weiter. Und außerdem gedenken die Herren IGM-Funktionäre natürlich nicht einmal daran, etwas für die volle Durchsetzung der 60 Pfennig/11 % zu unternehmen. Was heißt das also? – Lohnraub! Was folgt daraus? Kein Vertrauen auf die Bonzen. Eigene Forderungen aufgestellt! Den Kampf selbständig vorbereitet, organisiert und durchgeführt!

Damit haben die Kollegen aus gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen angefangen. Sie haben sich bereits auf zwei überregionalen Konferenzen getroffen, sich besser organisiert und Erfahrungen für den kommenden Kampf ausgetauscht. Und sie haben die Forderungen aufgestellt, die den Notwendigkeiten der Kollegen Rechnung tragen, keine 11 %, keine 13 und 15 % – sondern 20 %, die sind richtig, die sind realistisch, denn die Metall- und Stahlarbeiter sind stark genug, den Lohnraub zu verhindern!

1,50 DM=20%

1250.--DM



Ein Bauarbeiter schreibt:

Wenn Steuergelder verbraten werden, so geht das immer mit Einigkeit von Staat und Unternehmern.

In Braunschweig wurde für 4,3 Mio DM eine Sporthalle für die Technische Universität gebaut. Wetten wurden abgeschlossen, dass der Bau in Rekordzeit steht. Es ging um sechs Flaschen Sekt, ganz zu schweigen von den Prämien, die sie sich untereinander zuschustern.

Die Firma Grünzweig & Hartmann mischte unter anderen auch dabei mit und wollte ihr Prestige in die Wagschale werfen. Wir Arbeiter schufteten Sonnabend, Sonntag und sogar Nachtschicht. Wir waren uns einig: Bei Bauabschluss muss eine Prämie drinliegen. 300 DM für alle. Wir konnten das Geld gut gebrauchen.

Als die feinen Herren sich die Arbeit von unten besahen, stieg ein Kolleg runter und machte ihnen klar: Prämie muss her. Sehr ängstlich schielte der Direktor nach oben und in seiner Angst fing er an, den Kollegen anzuschreien. Von dem Geschrei satt, wandte sich der Kollege wieder ab.

Das einzige, was der Direktor springen liess, waren zwei Kisten Bier! Die setzt er womöglich noch von der Steuer ab. Wir waren stocksauer. Einen Trumpf hatten wir noch in der Hand, der Bau war noch nicht fertig. Nun hatten sich wohl die feinen Herren ausgerechnet, dass es billiger ist, diesen Kollegen zu schmeissen. Das taten sie dann auch. Sofort musste der Kollege von der Baustelle, wurde jedoch für eine Woche weiterbezahlt. Der gekaufte Schieber und Meister bestätigte Leistungsschwäche und kein Einfügen in den Arbeitsprozess.

Wir Arbeiter wissen, die Fa. Grünzweig & Hartmann gehört der Fa. St. Gobian in Frankreich. Dieser Konzern verkauft auch in die Volksrepublik China. Dort wurden sie während der Kulturrevolution rausgeschmissen. Wir hoffen sehr, dass die Volksrepublik China diesen Profithyänen beim nächsten Geschäft die fälligen Prämien abzwackt.

Natürlich waren dem Bonzen der Bau Steine die Hände gebunden und er schwärmte von der D'K'P. Auch der Betreibsrat war nur ein stinkender Leichnam. Er schwafelte bei der Kündigung nur: Hat ja keinen Beruf gelernt. Das ist Betriebsrat. Dabei soll er laut BVG bei der Prämiengestaltung mitwirken. Kein Arsch war zu sehen!

Unsere Schwäche war, dass wir nicht geschlossen gehandelt hatten. Vom Bau stecken wir oft an den verschiedensten Baustellen und kennen uns nur flüchtig.

Heute merkt bereits jeder an

Netto-Lohn : 955,50 DM

Mindestlohn!

Die Baustellenbetreuung vom Betriebsrat ist nur mangelhaft.

KHD-Ulm: Geschlossener Kampf ums Weihnachtsgeld

„DIE HABEN ANGST..."

Ulm. (RM). Mehr als 7.000 Kollegen der Ulmer KHD-Werke warfen am Freitag, den 3. November, nach der Frühstückspause die Arbeit hin. Einen Tag vorher war durch die Vertrauensleute bekannt geworden: die KHD-Unternehmensleitung will das Weihnachtsgeld radikal kürzen. Statt wie bisher 46 % vom Bruttolohn plus Zulagen will KHD dieses Jahr das Weihnachtsgeld von 10% bis 40 % aufstaffeln und die Zulagen ganz streichen.

Mit dem hinterhältigen Trick, das zusammengestrichene Weihnachtsgeld noch zu staffeln, wollten die KHD-Bosse die Belegschaft natürlich spalten. Ganz klar!

Aber am nächsten Tag demonstrierten die Kollegen geschlossen wie nie zuvor zu Werk 1, vor das Verwaltungsgebäude, **46 % plus Zulagen – dafür streiken wir!**

Vorsorglich hatten die KHD-Kapitalisten Polizei und Kripo vor alle drei Tore von Werk 2 geholt. **Kripo auf dem Werksgelände!**

Ein junger Arbeiter sagte dazu: "Die haben Angst, daß wir ihnen ihr Zeug kaputt-schlagen!"

Gegen 10 Uhr waren mehr als 7.000 Arbeiter der fünf Ulmer KHD-Werke vor dem Verwaltungsgebäude zusammengekommen. Spontan ballten sich Fäuste zum Arbeitergruß, als die Kollegen von Werk 2 im geschlossenen Block mit schnell gemalten Transparenten von ihrem Protestmarsch durch die Stadt eintrafen.

Als ein Photograph zusammen mit einigen 'Herren' von der Betriebsleitung vom ersten Stock des Verwaltungsgebäudes zu photografieren begann, wurden sie in einhelliger Empörung und Wut ausgebuht und ausgepfiffen. Dem Betriebsspitzel wurde dadurch das schmutzige Handwerk gelegt.

Auch bei KHD-Köln: Kampf gegen Lohnraub

7.000 Arbeiter waren bereit, für ihre Forderungen entschieden und kompromißlos zu kämpfen: 46 % plus Zulagen – und keinen, und wirklich keinen Pfennig weniger! Und die KHD-Arbeiter in Ulm wußten, daß sie zusammen mit den Kollegen von KHD in Köln, Mainz und Oberursel in einer starken Kampffront für diese Forderung standen. Doch der Betriebsrat würgte diese einmütige Kampfbereitschaft ab. Er stellte sich klar auf die Seite der Kapitalisten! Anstatt von der Betriebsleitung sofort Verhandlungen zu verlangen, anstatt die Kollegen in ihrem Kampf zu unterstützen, spielte er das Spiel der Unternehmer mit: Verhandlungen erst am Dienstag – aber nicht unter dem 'Druck der Straße'! Eine üble Vertröstung also, mit dem Ziel, daß sich bis dahin der Sturm gelegt hat.

Mehr als eine Woche wurde nun hinter dem Rücken der Belegschaft 'verhandelt' und ohne den lästigen 'Druck der Straße'. Aber im Betrieb kämpften die Kollegen trotzdem und ohne die Gewerkschaftsfunktionäre weiter: Überstunden wurden keine mehr geschoben, Sonderschichten verweigert und Extrapausen eingelegt! Die gemeinsame Kampfentschlossenheit der deutschen und ausländischen, der älteren und jungen Kollegen hätte die KHD-Kapitalisten in die Knie gezwungen. Was aber am Montag der nächsten Woche endlich als Verhandlungsergebnis zwischen Unternehmensleitung und Gesamtbetriebsrat herauskam, das geht auf das Konto des Verrats und der Abwiegelei des Betriebsrats an den Kollegen:

WEIHNACHTSGELDKÜRZUNG AUF 37% !!!

Von der ursprünglichen Forderung der Kollegen kein Wort mehr! Aber die Arbeiter von KHD-Ulm haben aus diesem Kampf ohne Zweifel gelernt: Der Metalltarifkampf in diesem Dezember wird auch gegen die 'Herren' in den DGB-Polstersesseln mit ihren Verrätereien gehen müssen!

Die KPD/ML wird dazu die richtigen Forderungen der Gewerkschaftsopposition für die Metalltarifrunde propagieren!

Betriebszelle Druck der KPD/Marxisten-Leninisten München 13.11.72

Solidaritätsadresse

An die kämpfenden Kollegen von KHD bzw. Magirus-Deutz
(zu Händen der Genossen der KPD/ML bei KHD)

Wir haben von Eurem Kampf gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes gelesen. Auch bei uns in München (Druckereien Bruckmann, Man-Druck) führen wir den Kampf um das Weihnachtsgeld. 'Unsere' Kapitalisten wollen nur genauso wenig zahlen wie im letzten Jahr, was wegen der Preissteigerungen einer Senkung um 10% – 20% gleichkommt. Auch wir in München werden diesen Lohnraub nicht hinnehmen. Wir kämpfen mit unseren Kollegen um eine 20%–ige Erhöhung des Weihnachtsgeldes.
Kollegen von KHD! Ihr habt unsere vollen Sympathien in Eurem Kampf. Wir werden unseren Kollegen von Eurem Mut und Eurer Entschlossenheit berichten.
Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!

Mit den wärmsten solidarischen Grüssen, Betriebszelle Druck der KPD/ML München.

Zusatz der Ortsleitung München: Die Kollegen von Bruckmann und Mandruck haben zur Durchsetzung ihrer Forderungen einen 'Überstunden-Streik' gemacht, also einen Tag lang keine Überstunden geschoben.

Gewerkschaftsbewegung in USA

DER MÖRDER UND GEWERKSCHAFTSBOSS BOYLE IST ERLEDIGT!

Eine der stärksten US-Gewerkschaften besitzt gleichzeitig eine der korruptesten Führungen: der Bergarbeiterverband United Mineworkers(UMW). Auch hier bei uns wurde das grausige Blutbad an dem Gewerkschafter Yablonski und seiner Familie vor zwei Jahren bekannt. Der Präsident der UMW, W.A.' Tony' Boyle hatte mit Hilfe gekaufter Killer einen lästigen Kritiker und Konkurrenten beseitigen lassen. Was geschah inzwischen?

Die Basisbewegung in der UMW und unter den Bergarbeitern ist mächtig gewachsen. Die Bergarbeiter schlossen sich in besonderen gewerkschaftlichen Gruppen zusammen, die in Opposition zur UMW-Führung stehen. Sicher befinden sich innerhalb dieser Gewerkschaftergruppen revisionistische Elemente (wie z.B. in der 'MFD' – 'Bergarbeiter für Gewerkschaftsdemokratie), die die Illusion schüren, die UMW könne wieder 'demokratisiert' werden. Sie behaupten, man könne eine klassenkämpferische Führung der UMW durchsetzen und den korrupten Apparat 'abwählen'. Aber ein Blick auf die jüngste Geschichte der UMW (oder auch des DGB bei uns) zeigt, daß die korrupte, kapital-hörige Führung solcher Gewerkschaften mit jedem Mittel die Gewerkschaftsdemokratie zerstören und den Willen der Basis unterdrücken. Solche Leute können nicht 'abgewählt' werden.

1964 wurde Boss Boyle mit Hilfe einer manipulierten Wahl zum Präsidenten der Bergarbeitergewerkschaft 'gewählt'. Schon damals protestierten viele Steinkohlekumpels mit Streiks gegen diese Machenschaften. Im folgenden ließ die Boyle-Clique sämtliche Kampfaktionen der Bergarbeiter für 'illegal' erklären und organisierte eine eigene Schlägertruppe zur Einschüchterung 'aufrührerischer Elemente'. Als nächstes setzte Boyle in 22 von 27 Gewerkschaftsdistrikten an die Stelle gewählter Sekretäre eigenhändig 'Treuhänder' ein.

Die Bergbau-Kapitalisten waren zufrieden: Bei Tarifverhandlungen verzichtete die UMW-Führung grundsätzlich darauf, irgendwelche Festlegungen über Grubensicherheit abzuschließen – und das bei den vielen Grubenunglücken gerade in USA. Auch über Gesundheitsschutz wurde niemals etwas vereinbart – und das, obwohl 85 % der Bergleute an Silikose erkrankt sind.

Aber 1969 streikten und demonstrierten 48.000 Grubenarbeiter und erzwangen – trotz der Abwiegelungsmanöver der UMW-Führung – den Gouverneur von West-Virginia, erste Maßnahmen gegen den schleichenden Bergmannstod zu ergreifen. Das war eine weitere große Niederlage der Boyle-Clique.

BONZEN ABWÄHLEN?

Damals stellte sich Joseph Yablonski, der selbst 27 Jahre zur UMW-Führungsclique zählte, an die Spitze der aufbegehrenden Kumpel. Er stellte sich zur Wahl für das höchste UMW-Amt. Zehntausende unzufriedene Kumpel unterstützten ihn. Zwar gewann die Boyle-Clique wieder einmal mit Hilfe frisierter 'Wahlen', aber das genügte Boss Boyle nicht. Mit gekauften Killern wurde Yablonski und seine Familie umgelegt, denn jeder Kumpel sollte sehen; was mit 'Rebellen' geschieht.

Aber der Bewegung an der Basis konnte mit diesem Mord nicht das Genick gebrochen werden. Oppositionsgruppen wurden gegründet. Unter dem starken Druck der Basis mußte ein Bundesrichter der USA die UMW-

Bundesvertretertag des deutschen Beamtenbundes

"Konjunkturelle Opfer"

Bullen und Gewerkschaftsbonzen

Westberlin.(RM). Am 9.11. war eine Arbeitsgerichtsverhandlung gegen den klassenkämpferischen Kollegen S. Er war auf Betreiben der Gewerkschaftsbonzen aus dem Betrieb (Siemens) geflogen. Durch das solidarische Auftreten vieler Kollegen während der Verhandlung musste das Gericht jedoch die Kündigung für ungültig erklären.

Daraufhin zogen die Kollegen vor das IGM-Haus, um eine Kundgebung durchzuführen. Zur Unterstützung der Kundgebung wurde ein Lautsprecherwagen auf dem Platz vor dem IGM-Haus aufgestellt. Einem Bullen schien das nicht zu passen. Er entwendete den Wagenschlüssel und wollte sich damit verdrücken. Sofort bildeten Genossen einen Kreis um den Bullen und forderten die Herausgabe des Schlüssels.

Dem entschlossenen Auftreten der Genossen hatte der Bulle nur eines entgegenzusetzen: Er zog die Pistole, entsicherte sie und drohte jeden niederzuschiessen, wenn man ihn nicht freilasse.

Diese Drohung machte einige Genossen schwankend und so gelang es ihm, ins IGM-Haus zu entkommen, wo er mit offenen Armen von den IGM-Bonzen empfangen wurde. Über einen Hinterausgang gelang ihm dann die weitere Flucht.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, dass die Kapitalistenknechte der Gewerkschaftsführung Hand in Hand mit den Pistolenhelden der Polizei arbeiten, wenn es gegen die Arbeiterbewegung geht.

"Unternehmerbrief" zum Gewerkschaftstag der IG Chemie

"klar und erfreulich..."

Im 'Unternehmerbrief' Nr.39/Jg.39 vom 29.9. steht:

"Gemässigte Töne waren vom Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik – mit 618 442 Mitgliedern ist sie die drittgrösste DGB-Gewerkschaft – zu vernehmen. So erklärte ihr Vorsitzender Karl Hauenschild, dass die IG Ch nicht den 'totalen Gewerkschaftsstaat' anstrebe. Auch wollten die Gewerkschaften nicht Gegenmacht freigewählter Parlamente und der von ihnen eingesetzten Regierungen sein. Hauenschild betonte ferner, dass andere Gesellschaftsordnungen durchaus vor ähnlichen Problemen stehen wie die Bundesrepublik, dass aber die Gestaltungsmöglichkeiten grösser seien als in anderen Ordnungen. **Folglich könne es nicht um die 'Überwindung des Systems' sondern nur um die 'Überwindung seiner Mängel' gehen. Diese Äusserungen sind klar und deutlich.**"

Diesem letzten Satz wollen wir uns anschliessen, wenn auch in anderem Sinn. Klar und deutlich zeigen die Gewerkschaftsführer, dass sie heute bereits offen als Vertreter des herrschenden kapitalistischen Systems ('keine Überwindung des Systems')

Bad Godesberg. Die besonders reaktionäre Führung des Deutschen Beamtenbundes hatte 1971 mit einer Forderung von 4% Gehaltserhöhung und 30 DMSockelbetrag "realen Einkommensverzicht (und) ein konjunkturelles Opfer gebracht". Die Herren Fredersdorf und Alfred Krause, Bundesvorsitzende des DBB, waren es allerdings nicht, die solche "Opfer gebracht" haben. Vielmehr waren das die kleineren Beamten, versteht sich.

Dieses Jahr sollen die Beamten sich mit 8% und 50 DM Sockelbetrag vorweg zufrieden geben. (Das ist die Ausgangsforderung). Die kleineren Beamten werden also auch geschröpft. Im "Staatsinteresse" sollen sie sich bescheiden. Viele Privilegien der kleineren Beamten, mit denen sie an diesen Ausbeuterstaat als willige Gehilfen gefesselt werden sollen, verlieren an Bedeutung. 'Freiwillig', oder durch die jetzt laufenden Rationalisierungen gezwungen, gehen manche Beamte in die Industrie. Sie vergrössern die Reihen des Proletariats und lernen wie die Arbeiterklasse zu kämpfen. Aber auch diejenigen, die Beamte bleiben, werden immer mehr in den Kampf gerissen. In Italien und Frankreich kommt es schon seit Jahren zu Streiks von Staatsangestellten und Beamten – trotz Streikverbot. Um das zu verhindern wurde vom DGB ein 'Reform' vorschlag unterbreitet, der sogar den "Dienst nach Vorschrift" (DNV) als Kampfmassnahme der Beamten ablehnte.

"Der DNV, heisst es im 'Reform'konzept, verstösst gegen das Streikverbot der Beamten. Er steht dem 'Bummel'streik gleich, weil er durch gezielte Umständlichkeit das Arbeitstempo einer ganzen Verwaltungseinheit verzögert. Es erheben sich daher alle rechtlichen Bedenken, die dem offenen Beamtenstreik entgegenstehen."

Die Mehrzahl der kleineren Beamten wird sich nicht durch Privilegien und Versprechungen vom gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse abhalten lassen!

Vorstandswahlen wegen Fälschung für ungültig erklären. Die Konzernherren und ihre Richter hatten erkannt, daß sie Boyle fallen lassen mußten, wenn es nicht zum Schlimmsten (für sie) kommen sollte. So wurde Boyle sogar wegen Finanzunterschlagungen zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt – von denen er sich natürlich sofort für einige zehntausende Dollar Kaution freikaufte.

Jetzt suchen die Zechenherren einen Ersatz für Boyle, der weniger 'verbraucht' ist. Die Kumpels aber haben eines mit ihren eigenen Augen gesehen: **Die Gewerkschaftsbonzen arbeiten mit allen Mitteln. Friedliches Abwählen ist keine Antwort auf Ausschlußverfahren, auf Denunziation, Streikbruch und Mordmethoden der Bonzen. In USA wie bei uns heißt es, sich in gewerkschaftsoppositionellen Gruppen zusammenzuschließen und innerhalb und außerhalb der bestehenden Gewerkshcaften selbständig den Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Kumpane vom Schlage Boyle's zu führen.**

auftreten. In den zwanziger Jahren und auch bis in die fünfziger Jahre redeten sie noch von 'Überwindung des Kapitalismus'. Heute sind die DGB-Führer so offen mit dem Kapital verbunden, dass sie von vorneherein verzichten, sich ein sozialistisches Mäntelchen umzuhängen. Denn wer glaubt denn, dass solche Leute den Sozialismus wollen:

GEWERKSCHAFTSFÜHRER = GROSSVERDIENER

Jahreseinkünfte aus Aufsichtsratsmandaten:

W.Hesselbach, Chef der BfG	114 200 DM
Otto Brenner, verst. Chef der IGM	109 900 DM
Heinz Dürrbeck, Vorstandsmitglied der IGM	68 000 DM
Adolf Schmidt, Vors. der IG Bergbau u. Energie	57 000 DM
H.O.Vetter, Vors. des DGB	35 000 DM
Alfons Lappas, Vorstandsmitglied des DGB	30 400 DM
Karl Buschmann, Vors. der IG Textil	25 000 DM

Dabei ist zu bedenken, dass diese Herrschaften mehrere Aufsichtsratsmandate innehaben können.

(Alle Arbeitsdirektoren in diesem Bereich sind DGB-Mitglieder; über 90% der 'Arbeitnehmervertreter' im Aufsichtsrat ebenfalls.)

Jahreseinkünfte von Arbeitsdirektoren:

Aug. Thyssen Hütte AG/Duisburg	363 071 DM
Mannesmann AG/Düsseldorf	339 458 DM
Friedrich Krupp Hüttenwerke AG/Bochum	308 280 DM
Ruhrkohle AG/Essen	273 390 DM
Hoesch AG/Dortmund	270 410 DM
Rhein. Braunkohlenwerke AG/Köln	172 115 DM
Saarbergwerke AG/Saarbrücken	162 459 DM
Edelstahlwerke Witten AG/Witten	126 459 DM

(Quellen: Capital Nr. 6/72 und Nr. 5/71)

ENTSCHLIESSUNG

Wie in vielen anderen Betrieben drückt sich auch in der Firma Seppelfricke im Ruhrgebiet die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Kollegen in folgenden Forderungen aus.

Die anwesenden Jugendlichen auf der Jugendversammlung der Firma Seppelfricke vom 7. 11. 1972 stellen für die kommende Metalltarifrunde folgende Forderungen auf:

1. **Ersatzlose Streichung der Lohngruppen I und II**
2. **Abschaffung der Altersklassenabschläge**
3. **Abschaffung der unterschiedlichen Urlaubsregelung**

Für die Auszubildenden fordern wir außerdem 100 DM mehr für jedes Lehrjahr.
Vorweganhebung aller Ausbildungsvergütungen auf die Höhe des dritten Lehrjahres.
Streikrecht auch für Auszubildende.

Wir sind uns klar darüber, daß diese Forderungen der Jugendlichen nur in Solidarität mit den älteren Kollegen durchgesetzt werden können. Wir werden uns aktiv für ein gemeinsames Handeln einsetzen.

SPD - Mieterwahlveranstaltung in München

In einem alten Münchner Arbeiterviertel treffen etwa 200 Mieter – meist Arbeiter-Ehepaare – zusammen, um sich endlich gemeinsam gegen den Mietwucher zu wehren. Die SPD, die vor der Wahl hier eine gute Gelegenheit zum Einkassieren von Stimmen am 19. 11. wittert, ist auch da.

Versammlungsleiter ist nämlich ein SPD-Gschaftlhuber. An seiner Seite der SPD-Bundestagskandidat Wahlberg. Wahlberg hat sich noch nie um Forderungen der Mieter gekümmert, nicht einmal um als Abwiegler eine Rolle zu spielen, wie es bei führenden SPD-Leuten so Brauch ist. Nach einer Rede, die von der Masse der Versammelten nur mit einem müden Lächeln quittiert wurde, verschwand er "leider auf eine wichtige Veranstaltung". Das brachte ihm Pfiffe und spöttisches Lachen ein. Ein Arbeiter meinte, wenn überhaupt ein solcher Herr kommt, dann soll er wenigstens nicht schon nach einer halben Stunde abzischen, was allgemein Beifall auslöste.

Jetzt sprangen Kollegen auf und klagten zornig die Herren vom Haus- und Grundbesitz an. Dringende Reparaturen werden oft erst nach einem halben oder ganzen Jahr erledigt. Die verantwortliche Wohnungsbaugesellschaft – die mit der Stadtverwaltung zusammenhängt – kann sich's ja leisten. Der Direktor der Wohnungsbaugesellschaft und ein Vertreter der Stadtverwaltung werden von den Arbeitern mit Pfiffen, Buhrufen und heftigen Zwischenrufen bedacht. Hausfrauen springen von den Stühlen auf, schütteln die Fäuste und schimpfen nach vorn. Es entsteht eine Stimmung, die jeden klassenbewußten Arbeiter mit wilder Freude erfüllt und den Bonzen das Muffe sausen beibringt.

Die Herren von Stadt und Wohnungsbau tuscheln miteinander. Dann steht der Herr von der Stadt auf und schlägt vor: "Wenn sie dazu noch weitere Fragen haben, kommen Sie doch in mein Büro, da können wir uns ja weiter unterhalten!" Doch er hatte sich verrechnet. Unter lautem Lachen, Pfeifen und Johlen rief ein Arbeiter: "Damit Du uns einseifen kannst, was? Nein, jetzt reden wir drüber!" Und so erging es den Kapitalistenknechten dann den ganzen Abend. Immer wieder fielen Klagen gegen die Wohnungshaie, immer wieder wurden Lügen entlarvt. Freunde unserer Partei machten sich natürlich fest mit.

Wir hätten uns aber nicht bloß in der Form beteiligen sollen wie alle Mieter. Kommunisten müssen den Massen vorangehen! Bei der Diskussion an den Tischen wurde klar, viele Anwesenden hatten erkannt, warum plötzlich die Bonzen ihr Herz für die Mieter entdeckt hatten. Sich an die Spitze der Bewegung stellen und sie für ganz andere Zwecke ausnutzen, das ist das System führender SPD und D'K'P-Leute.

Regierung der VR Albanien:

Keine Teilnahme an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz

Denkschrift

der Regierung der Volksrepublik Albanien an die Regierung der Republik Finnland

Vor einigen Tagen teilte die Regierung der Republik Finnland durch eine Denkschrift vom 9. November 1972 der Regierung der Volksrepublik Albanien mit, dass am 22. November dieses Jahres in Helsinki die vorbereitende Versammlung zur 'Konferenz über Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit' die Arbeit aufnehmen wird. Gleichzeitig forderte die Regierung der Republik Finnland die Regierung der Volksrepublik Albanien auf, ihren Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Im Zusammenhang damit übermittelte die Regierung der Volksrepublik Albanien am 19. November 1972 der Regierung der Republik Finnland ihre Denkschrift vom 18. November 1972 mit folgendem Inhalt:

"Im Zusammenhang mit obiger Mitteilung möchte die Regierung der Volksrepublik Albanien hervorheben, dass sie schon seit langem und bei mehreren Gelegenheiten ihre Ansicht über die Frage der europäischen Sicherheit klar geäussert hat, besonders über die Abhaltung einer Konferenz bezüglich dieser Frage. Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat ihre Ansichten auch direkt der Regierung der Republik Finnland mitgeteilt.

Die Regierung der Volksrepublik Albanien und das albanische Volk verstehen die berechtigte Sorge und die Beunruhigung der Völker Europas – darunter auch des finnischen Volkes – die eine wirkliche Sicherheit und einen dauerhaften Frieden im europäischen Kontinent wünschen. Es ist vollkommen natürlich, dass die Völker Europas, die allein in den letzten Jahrzehnten die Opfer von zwei Weltkriegen waren und grosses Leid und Not über sich ergehen lassen mussten, heute die Sicherheit ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und nationalen Souveränität fordern und in Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit miteinander zu leben wünschen.

Die albanische Regierung brachte stets Verständnis auf und würdigte die Anstrengungen jener Länder, die sich aufrichtig bemühen, diese hohen Ziele zu erreichen. Sie hat auch nie gefehlt, ihren Beitrag in dieser Hinsicht zu leisten. Aber bevor wir auf die 'Konferenz über die europäische Sicherheit' eingehen, muss die Frage geklärt werden, welche Kräfte den Frieden und die Sicherheit in Europa gefährden und gegen wen sich die Völker absichern müssen.

- Die Völker und die Länder des europäischen Kontinents können nicht gesichert sein, solange im Süden dieses Kontinents, im Mittelmeerbecken, die zwei Supermächte ihre Stützpunkte errichtet haben und sie ausbauen, während ihre Kriegsflotten dort herumkreuzen und eine ständige Quelle der Spannungen in diesem Raume und eine reale Bedrohung für die Unabhängigkeit und die Souveränität der Mittelmeerländer darstellen.
- Trotz des grossen Propagandalärms der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Vertrag Moskau-Bonn und Warschau-Bonn, über die Vier-Mächte-Verantwortung über Berlin, über die innerdeutsche Vereinbarung und anderes mehr, die unter direkter Anregung bzw. Beteiligung der zwei Supermächte erzielt wurden, hat die Lage in Europa eigentlich keine positive Veränderung erfahren. Diese Verträge haben die Gefahr, die den Völkern Europas von den zwei Supermächten droht, nicht gebannt bzw. die hegemonistische Politik des Diktats und der Einmischung der zwei Supermächte nicht beseitigt.
- Darüber hinaus haben diese Verträge die revanchistischen Tendenzen Westdeutschlands angeschürt und bestärkt, indem Westdeutschland zum gleichberechtigten Partner und zur 1. Macht in Europa wird.
- Auf diese Weise kommen zu den alten Widersprüchen in Ost und West neue hinzu. Die seit Kriegsende schwebenden offenen Fragen bleiben nach wie vor ungelöst und komplizieren sich sogar noch mehr.

Verewigung imperialistischer Einflussbereiche

Die Regierung der Volksrepublik Albanien hat in mehreren Fällen betont, – und der Verlauf der Geschehnisse bewies vollkommen – dass die Sicherheit und der Frieden in Europa und der Frieden und die Sicherheit auf der ganzen Welt unlösbar verbunden sind. Der Frieden und die Sicherheit in Europa können nicht gewährleistet werden,

Nur Demagogie und Illusionen

Es ist auch bekannt, wie die imperialistischen Grossmächte die internationalen Verpflichtungen respektieren und wie sie solchen gegenüber handeln, wenn sie ihren expansionistischen Interessen nicht mehr entsprechen. Also würde gegenwärtig die Abhaltung einer 'Konferenz über die europäische Sicherheit' nur aus Worten und Demagogie bestehen und kein konkretes Resultat haben, weil die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika praktisch und im Prinzip die Geheimdiplomatie und den Kuhhandel anwenden. Dies sieht man auch in der Haltung, die sie gegenüber den Vereinten Nationen einnehmen, die sie aus der Tätigkeit zur Lösung der internationalen Fragen ausgeschlossen haben und daran hindern, die Pflichten zu erfüllen, für die die Weltorganisation gegründet wurde.

Diese Konferenz würde auch schädliche Illusionen über den Weltfrieden und die internationale Sicherheit verbreiten und die Wachsamkeit der europäischen Völker gegenüber den imperialistischen Drohungen schwächen. Sie würde zugleich zur Realisierung der hegemonistischen Ziele der zwei Supermächte in Europa dienen.

Die Volksrepublik Albanien, die eine prinzipienfeste und friedliche Aussenpolitik verfolgt, war und ist stets für eine wirkliche Sicherheit und einen wirklichen Frieden in Europa auf der Basis der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder, der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung.

Das albanische Volk, das sehr oft Opfer der räuberischen Politik der imperialistischen Mächte war und unzählige Opfer brachte, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen, ist an der Gewährleistung des wirklichen Friedens und der wirklichen Sicherheit in Europa sehr interessiert. Die Schaffung solcher Bedingungen ist sehr notwendig, um seine selbständige Entwicklung und seinen Fortschritt zu gewährleisten wie sie auch für die Entwicklung und den Fortschritt aller anderen europäischen Völker notwendig sind.

Der einzig richtige Weg

Mit seinem unversöhnlichem Kampf gegen die Politik der Subversion, des Diktates, der Einmischungen und der Aggression der zwei Supermächte und ihrer [illegible]

Die Hauptgefahr für den Frieden

Es ist inzwischen klar, dass die expansionistische und aggressive Politik der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, sowie der westdeutsche Revanchismus die Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa darstellen. Wenn sich die Völker Europas sichern wollen, so müssen sie sich gerade gegen diese aggressiven Kräfte absichern, die sowohl gegenwärtig als auch für die Zukunft eine grosse Gefahr bilden.

Diese Gefahr für die Völker Europas ist konkret und hat eine genaue Richtung. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion verfolgen Europa gegenüber eine aggressive, hegemonistische Politik – gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten dieses Kontinents.

- Sie unterhalten ihre Militärblocks: Die NATO und den Warschauer Vertrag, die eine ständige Basis von Spannungen, Drohungen und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder sind.
- Grosse Truppenkontingente und zahlreiche Militärstützpunkte der Amerikaner und der Sowjetunion befinden sich in den Gebieten der europäischen Länder.
- Die Tschechoslowakei ist weiterhin besetzt, während die Theorie der 'begrenzten Souveränität' zu einem Grundsatz der Staatspolitik der Sowjetunion geworden ist, um ihre Herrschaft über die anderen Völker Osteuropas zu verankern.
- Die wirtschaftlichen, politischen und anderen Einmischungen der USA in die inneren Angelegenheiten Westeuropas und die Erpressungen gegenüber den westeuropäischen Ländern gehen ununterbrochen weiter.
- Den bestehenden Barrieren und Hindernissen auf dem Gebiete der innereuropäischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden neue hinzugefügt.

Neue Widersprüche kommen hinzu

Die albanische Regierung schätzt die heutige Situation in Europa sachlich, von Tatsachen ausgehend ein. Sie ist daher der Ansicht, dass die Bedingungen für die Einberufung einer 'Konferenz der europäischen Sicherheit' nicht existieren. Die Konferenz wird unter diesen Umständen nicht zur Entwicklung und Festigung der fruchtbaren Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichheit, der Nichteinmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Nutzens zwischen den europäischen Ländern dienen.

- Die Sowjetunion und die USA, die Haupturheber und die aktivsten Propagandisten der 'Konferenz für die europäische Sicherheit', bauen weiterhin ihre Kriegsflotten aus, die rings um die Küsten Europas verteilt sind, wobei sie ihre bekannte Kanonenbootspolitik verstärkt betreiben.
- solange im Nahen Osten die imperialistisch-zionistische Aggression gegen die arabischen Völker fortdauert,
- solange in Vietnam und in den anderen Ländern Indochinas die amerikanische Aggression weitergeht,
- solange die Sowjetunion an der Grenze mit China Millionen von Soldaten und grosse Mengen Heeresausrüstungen und Waffen massiert hat.
- solange in vielen Gegenden der Welt die imperialistischen Mächte die souveränen Länder bedrohen und zunehmende Spannung heraufbeschwören.

Die europäische Sicherheit, wie die Sowjetunion und die USA sie vorschlagen und formulieren, ist ein Produkt der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Strategie ihrer Vorherrschaft über die Welt. Sie zielen damit nur darauf ab, die europäischen Völker zu unterwerfen und sie ihrer Hegemonie unterzuordnen. So wurden zum Beispiel der Plan und die Prozedur zur Einberufung der 'Konferenz über die europäische Sicherheit' erst beim sowjetisch-amerikanischen Gipfel in Moskau konkretisiert und haben dort ihre vollkommene Gestalt erhalten. Es ist bewiesen, dass sowohl die Sowjetunion als auch die USA sich nicht um die wirkliche Sicherheit und den wirklichen Frieden in Europa Sorgen machen. Was sie beunruhigt, das ist die Sicherung und die Verewigung ihrer Einflussbereiche in diesem Kontinent. Der Frieden und die Sicherheit, die sie den europäischen Ländern versprechen, haben zum Ziel, ihr Hinterland zu befrieden, um die Spitze ihrer aggressiven Politik gegen andere Gegenden der Welt zu richten.

Kein Forum

Eine von der Sowjetunion sowie von den Vereinigten Staaten organisierte und manipulierte Konferenz – wird in der Denkschrift der Regierung der Volksrepublik Albanien betont – kann nicht als Forum dienen und dazu genutzt werden, dass die Teilnehmer frei und gleichberechtigt ihre Ansicht äussern bzw. auf die Ergebnisse der Konferenz einwirken können. Ebenso ist die Hoffnung ungerechtfertigt, dass eine solche Konferenz, deren Drahtzieher die zwei Supermächte sind, die europäischen Probleme im Einklang mit dem Willen und den legitimen Bestrebungen der europäischen Völker und Länder, im Einklang mit den Interessen der wirklichen Sicherheit in Europa lösen würde.

Diese Hoffnung ist nicht gerechtfertigt, **weil die zwei imperialistischen Mächte die wichtigen internationalen Fragen untereinander und hinter dem Rücken der anderen Staaten und der Weltöffentlichkeit lösen.** Dieses Vorgehen wurde auch durch die vielen supergeheimen Besprechungen zwischen ihnen, wie die SALT-Gespräche usw. bekräftigt. Die zwei Supermächte werden niemals Zugeständnisse ausserhalb des Rahmens ihrer hegemonistischen Interessen machen. Darum werden auch jene Staaten, die glauben, sie werden durch die Teilnahme an dieser Konferenz irgendwelche wirtschaftliche, politische oder andere Profite herausschlagen, sehr bald enttäuscht sein. Irgendein Beschluss, eine Erklärung oder ähnliches Dokument über den Gewaltverzicht, das eventuell auf dieser Konferenz angenommen werden könnte, wäre unter den heutigen Umständen nur eine Wiederbelebung des Briand-Kellog-Paktes*, dessen Ende ja allgemein bekannt ist.

Aggression der zwei Supermächte und ihrer Nachbeter hat das albanische Volk klar seine Entschlossenheit gezeigt, frei und selbständig zu leben, in Frieden und Sicherheit zu arbeiten. Zugleich hat es mit diesem Kampf seinen bescheidenen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan und in Europa geleistet. Die Volksrepublik Albanien ist aus dem Warschauer Pakt ausgetreten und prangerte die aggressive Politik dieses Blocks öffentlich an. Sie hat damit nicht nur die Freiheit und die Unabhängigkeit Albaniens verteidigt, sondern zugleich gezeigt, dass der Weg des entschlossenen Widerstandes gegenüber der hegemonistischen und aggressiven Politik des Imperialismus und des Sozialimperialismus der einzig richtige Weg zur Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit, zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit ist.

Regierung der VR Albanien: aufrichtige Zusammenarbeit

Die Regierung der Volksrepublik Albanien ist der Meinung, dass die wirkliche Sicherheit in Europa nicht durch Konferenzen, die von den zwei Supermächten angeregt und organisiert sind, erzielt werden kann. Die europäische Sicherheit kann nur durch die Anstrengungen aller friedliebender Völker und Länder Europas erzielt werden. Sie müssen die Sache der Verteidigung ihrer hohen nationalen Interessen in ihre eigenen Hände nehmen. Die Völker Europas werden den wirklichen Frieden und die wirkliche Sicherheit erreichen, wenn sie ihre eigene nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die selbständige Entwicklung und die Verteidigungsfähigkeit ihrer eigenen Länder festigen werden. Es ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblocks in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent dafür einzusetzen, damit alle fremden Militärstützpunkte und Truppen aus ihren eigenen Gebieten abgezogen werden, und ihre Anstrengungen mit dem Kampf um den Frieden und die Sicherheit der anderen Völker der Welt zu vereinigen.

Aus den oben genannten Gründen äussert sich die Regierung der Volksrepublik Albanien gegen die Abhaltung einer 'Konferenz über die europäische Sicherheit' und wird an den multilateralen Beratungen im Zusammenhang mit der allgemeinen europäischen 'Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit', die am 22. November dieses Jahres in Helsinki beginnen werden, nicht teilnehmen.

Die Volksrepublik Albanien wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft stets bereit sein, mit den anderen friedliebenden Ländern Europas aufrichtig zusammenzuarbeiten und ihren bescheidenen Beitrag zu leisten, um einen wirklichen Frieden, die wirkliche Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auf der Welt zu erreichen."

---

* Gemeint ist der Kriegsächtungspakt; der 1928 zwischen den USA und verschiedenen europäischen Staaten abgeschlossen wurde. Damals wurde bereits versucht, unter dem Deckmantel demagogischer Phrasen über 'allgemeinen Frieden' die Vorbereitung von Aggressionen verschleiern zu können. Übrigens unterzeichnete damals den 'Gewaltverzichts'-Vertrag auch das Deutsche Reich, das 10 Jahre später Europa mit Krieg überzog.

Alle Titel und Hervorhebungen im Text sind von der RM-Redaktion

Kapitalistisches

"Gast"-Arbeiter

Die Angestellten der Firma Zeiler-Kamine GmbH in Augsburg, Zusamstraße 11, beobachteten, wie ein Augsburger Unternehmer den Kofferraum seines Wagens öffnete. Ein türkischer Arbeiter des Unternehmers kletterte in den Kofferraum hinein. Der Boß schlug den Deckel zu und fuhr weg. Die hintere Bank im Wagen war leer ... Der Arbeiter durfte nicht auf den Rücksitz, weil er seinen Arbeitsanzug trug. Die Augenzeugen waren empört: "So behandelt man keinen Menschen, so wurden früher Leibeigene behandelt". Oberinspektor Kustermann von der Verkehrspolizei Augsburg fand: "Vom Gesetz ist dagegen nichts einzuwenden". Dagegen werden Tiere gegen den Transport im Kofferraum gesetzlich geschützt.

"Wohlfahrtsstaat"

Im Landeskrankenhaus Schleswig, einem staatlichen Krankenhaus mit etwa 2.000 Patienten, werden Geisteskranke und andere kranke Menschen unverschämt ausgenützt:

Unter dem Deckmantel der 'Beschäftigungstherapie' müssen die Kranken alte Telephone ausschlachten, um die Kupferdrähte zu gewinnen. Sie flechten Taue für Industrieunternehmen, sie verfertigen Packpapier usw. Nicht nur Industriefimen und

DIE HAUPTTENDENZ IN D

Das Ende des Kolonialismus:

Bewaffneter Freiheitskampf in Afrika

Zwei spanische Missionare wurden den Augenzeugen eines Massenmordes portugiesischer Soldaten in Mosambique. Seit 10 Monaten befinden sich nun diese Missionare in portugiesischen Gefängnissen. Dies teilte ein spanischer Kirchensprecher in Madrid mit. Die Missionare Alfonso Valverde und Martin Hernandez, die diese Massenmorde in ihren Predigten angeprangert hatten, wurden auf Ersuchen der portugiesischen Kolonialbehörden in Rhodesien festgenommen.

Die Priester hatten berichtet, wie in der Provinz Tete (Mozambique) zahlreiche Frauen, Kinder und Greise von den portugiesischen Faschisten zu Tode gequält worden waren. Außerdem erklärten sie, daß portugiesische und rhodesische Militäreinheiten und Luftwaffenverbände gemeinsam die von Partisanen der FRELIMO befreiten Gebiete bombardieren.

Die FRELIMO, die Befreiungsstreitkräfte von Mosambik, wurden 1964 gegründet. Heute kontrollieren sie schon einen Großteil des Landes. In den befreiten Gebieten wurde eine vollständige funktionierende Verwaltung errichtet, wurden tatkräftig die Probleme des Analphabetentums, der Sozialversorgung usw. angegangen. Kein Wunder, daß die Imperialisten nur eine Antwort finden: **NAPALM.** Dieses Napalm, hergestellt in USA und Japan, entfacht aber nicht nur das Feuer in Dörfern, Städten und auf den Feldern der Bauern. Es entfacht auch weiter den Haß und den bewaffneten Freiheitskampf der afrikanischen Völker gegen die alten und neuen Kolonialisten. Die 130 000 portugiesischen Söldner, deren Unterhalt und Ausrüstung allein 40 % des portugiesischen Staatshaushalts ausmacht, wagen sich heute nicht mehr aus ihren festen Stützpunkten. Ob in Mosambik, in Guinea-Bissao, in Angola – die Befreiungsstreitkräfte sind in unaufhaltsamer Offensive.

Allein die Tatsache, daß zum erstenmal ein Sprecher der afrikanischen Befreiungsstreitkräfte jetzt in der UNO auftreten konnte, beweist, dass die imperialistischen Hintermänner der Portugiesen auch international in die Defensive gedrängt wurden. **So hat die UN-Vollversammlung vom 14. November mit 98 gegen 6 Stimmen (8 Enthaltungen) Portugal beschuldigt, einen Kolonialkrieg zu führen. An alle UNO-Mitgliedstaaten ging die Aufforderung, den Befreiungsstreitkräften moralische und materielle Hilfe zu leisten. Die NATO-Staaten wurden von der UN-Vollversammlung aufgefordert, alle Hilfe einzustellen, die Portugal die Fortführung der Kolonialkriege ermöglicht.**

Man wird sehen, wie sich die Regierung der Deutschen Bundesrepublik zu diesen Beschlüssen verhalten wird. Bekanntlich will die DBR baldmöglichst UNO-Mitglied werden.

Bekanntlich unterstützt bis heute die Regierung des westdeutschen Imperialismus die portugiesischen Henker in Afrika. Bundeswehrhubschrauber, westdeutsche Lastkraftwagen, Pionierausrüstung und U-Boote werden an Portugal geliefert. Schon seit Jahren führen die JUSO-Häuptlinge ein Scheingefecht gegen die Waffenlieferungen der SPD/FDP-Regierung an faschistische Kolonialmächte wie Portugal. Die Arbeiter in den westdeutschen Werften und Fabriken dürfen aber die Ausrüstung der portugiesischen Sklavenhalter mit westdeutschen Waffen und Lieferungen nicht dulden. Wir müssen den afrikanischen Völkern in ihrem Befreiungskampf beiseite stehen.

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DER RASSISTISCHEN KOLONIALMÄCHTE DURCH BONN!

NIEDER MIT DER NATO!

YANKEES FORDERN: "Freiheit" der Luft

Die US-Imperialisten fordern schon seit langem die 'Freiheit der Meere'. Damit meinen sie ihre imperialistische Freiheit, die Küsten von Peru und anderen Ländern leerzufischen und ihre Kriegsschiffe vor fremden Staaten kreuzen zu lassen.

Jetzt fordern die Yankees gegenüber südamerikanischen Ländern auch die 'Freiheit der Luft'. Damit meinen die US-Imperialisten ihr 'Recht', die kleinen Fluggesellschaften Lateinamerikas zu Tode konkurrieren zu dürfen.

Dagegen regt sich der Widerstand einiger südamerikanischer Staaten. So will die 'Andengruppe' innerhalb der ALALD (lateinamerikanische Freihandelszone) ein eigenes Flugunternehmen aufbauen, das ähnlich wie die SAS in Skandinavien von mehreren kleinen Ländern getragen wird.

Sogar die Regierung Argentiniens, die für ihre Yankee-Hörigkeit bekannt ist, reagierte in scharfen Worten auf die Anmassung der USA. Sie nannte die US-Forderung nach 'Freiheit der Luft' "willkürlich, diskriminierend und ungewöhnlich." Es wird sich zeigen, ob die Militär-Clique in Buenos Aires den Worten auch Taten folgen lässt. Wird sie für ihre Forderung nach Kontigentierung (zahlenmässige Beschränkung) der Flugpassagiere der Pan-American-Linie in Südamerika kämpfen? Oder wird sie stattdessen lieber den westdeutschen Imperialismus ins Land lassen? (Die Lufthansa versucht in Südamerika vorzudringen). **Die nationale Unabhängigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet wird letztlich nur durch den Kampf der Volksmassen Südamerikas errungen werden!**

kleinere Geschäfte, sondern auch Bundespost und Bundeswehr profitieren von dieser Arbeit. Die 'Löhne' spotten jeder Beschreibung: Für eine 5-Tage-Woche mit 7-Stunden-Tag beträgt der Höchstlohn 4,50 DM. Wer zu langsam arbeitet, erhält nur 1,50 bis 2 DM. Irgendwelche Zuschläge oder Prozente gibt's nicht.

Die Methode ist einfach: Man gibt den armen Kranken ja Arbeit. So scheffelt man dicke Profite und kann noch gar als Wohltäter auftreten. So sieht unser 'Wohlfahrtsstaat' aus!

"Sozial"-demokratische EWG-Politik

Auf der Sitzung des EWG-Sozialministerrats in Brüssel hat die Europakommision Vorschläge für Bestimmungen bei Massenentlassungen in den einzelnen Ländern vorgelegt. Diese 'Schutz'-bestimmungen sind so minimal angelegt, daß sie keinerlei Verbesserungen für die Arbeiter bringen. Was die europäischen Monopole erreichen wollen, ist. daß bei 'multinationalen' Konzernen dort entlassen wird, wo am wenigsten Unruhen zu erwarten sind. Wie wenig aber solch schöne Pläne in Erfüllung gehen, zeigten die Streiks der Arbeiter des 'multinationalen' AKZO-Konzerns im September. In allen Tochtergesellschaften, in Deutschland, Belgien, Holland und der Schweiz wurde damals solidarisch gegen drohende Stillegungen gestreikt.

Besonders a-sozial trat die Bundesregierung in Brüssel auf. Sie sprach sich entschieden dagegen aus, die Genehmigungspflicht für Massenentlassungen, wie sie in Frankreich besteht, auch für Westdeutschland zu übernehmen.



Es gärt in Argentinien:

Peron kehrt zurück

Buenos Aires, 16. November, 14 Uhr: Die Chartermaschine mit Peron landet. 35 000 Soldaten der herrschenden Militärjunta in Argentinien riegeln den Flughafen ab. Nur 300 Personen werden zur Begrüssung Perons auf das Flughafengelände gelassen. Im ganzen Land steht die Armee in Alarmbereitschaft. Sogar Kriegsschiffe kreuzen vor der Küste. Peron, der argentinische Präsident, der vor 17 Jahren durch eine Militärjunta gestürzt wurde und ins Exil nach Madrid floh, ist zurückgekehrt.

In welcher Situation hat die gegenwärtige Militärregierung Lanusses die Wiedereinreise Perons erlaubt?— In Argentinien herrscht eine der höchsten Inflationsraten der kapitalistischen Welt: über 20% jährlich. Die Regierung hat verordnet, dass nur noch zwei Wochen im Monat Rindfleisch verkauft werden darf. – Und das in einem Land mit den grössten Rinderherden der Welt. Wo dieses Rindfleisch bleibt, weiss jeder Argentinier: In den Fängen der Fleisch- und Lebensmittelkonzerne der USA. In den Fängen der Spekulanten aus Wallstreet. So gehören dem amerikanischen Deltec-Trust in Argentinien allein 17 Filialen. Nicht nur mit Rindfleisch werden Profitdollar gemacht, sondern auch mit Kaffee, Erdöl, Zucker und Elektrizität. Garantie für diese Profite übernimmt die Militärregierung. So wurden dem US-Fleischtrust Swift Millionen-Dollar-Spritzen von der argentinischen Regierung verpasst, während über 1 Million Arbeitslose im Elend leben.

Im Frühjahr dieses Jahres brachen Massenstreiks, Kämpfe, Demonstrationen im ganzen Lande aus, wie sie in Argentinien kaum je erlebt wurden. Vor allem in den Provinzen Mendoza, in Cordoba, Osario und Tucuman (wo es 14% Arbeitslose gibt) kam es zu heftigen Kämpfen. Im Juni streikten auch 20 000 Anwälte gegen die Verhaftung von Berufskollegen, die politische Häftlinge verteidigen wollten. Eine Frauenkundgebung forderte die Freilassung eingekerkerter Gewerkschaftsfunktionäre. 300 000 Lehrer forderten durch einen 48-stündigen Streik eine demokratische und unentgeltliche Bildung für alle Kinder.

In einer solchen Situation des nahenden Aufstandes liess die gefährdete Militärjunta die Partei Perons, die 'Partida Justicialista', wieder zu und Peron durfte einreisen. Peron will für die Präsidentschaftswahl im März 73 kandidieren. Sein Sieg gilt als sehr wahrscheinlich.

Woher rührt Perons Beliebtheit? Wie kommt es, dass tausende sich trotz Polizeiterror auf den Weg machen, um den 'Führer' zu begrüssen?

Peron regierte von 1946 bis 1955. Sein Regierungsprogramm hatte zwei Hauptlosungen: 'Nationale Unabhängigkeit' und 'Rechte für die Descamides'. 'Descamides' (Hemdlose) – damit sind die Massen der Arbeiter und der verelendeten Schichten gemeint. Peron hat diesen damals – im Vergleich zu der heutigen Militärclique – viele Zugeständnisse gemacht. Er brauchte die Arbeiter und Bauern für den Kampf gegen Feudalismus und US-Imperialismus. Peron legte sich mit dem feudalen Klerus an und wurde exkommuniziert. Die Macht der Kirche wurde im Interesse des nationalen Bürgertums eingeschränkt. Die Gewerkschaften erhielten grössere Bewegungsfreiheit. Sozialleistungen des Staates wurden verbessert. Solche Zugeständnisse Perons an das Volk lassen ihn heute als die grosse Hoffnung erscheinen.

Aber schon während seiner damaligen Regierungszeit zeigte sich, dass Peron von seinen grossen Worten und seinem grossen Programm nur wenig durchführte. Immer häufiger machte er Zugeständnisse an die Yankees [...] immer mehr beschnitt er die Re[...] te der Werktätigen. So verka[...] te Peron 1953 50 000 Quadr[...] kilometer Land im Süden an [...] Standard Oil of California. 1[...] verordnete er auch einen Lo[...] stopp für die Arbeiter. Er und [...] ne Frau haben im übrigen [...] ansehnliche Vermögen von [...] Millionen Dollar zusammen[...] rafft.

Trotzdem: Peron hat noch ei[...] guten Ruf behalten. Sein [...] hänger, der Führer der Gewe[...]



Musterschüler der Hitler-Generale



Die zionistischen Imperialisten hinterlassen die gleiche Blutspur wie die SS: Napalmverbrannte Leichen; Foltern; Brand; niedergemetzelte Kinder

R WELT IST REVOLUTION

AMIS RAUS AUS GANZ INDOCHINA

PUNKT 7 DES '9-PUNKTE-ABKOMMENS:

"Die anderen Länder werden alle militärischen Handlungen in Laos und Kambodscha einstellen und ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, Munition und Kriegsmaterialien vollständig abziehen und sie nicht erneut in diese Länder bringen."

Dieser Abschnitt der Vereinbarung USA-DRV verpflichtet die USA, ihre Aggression in Indochina einzustellen. Bedeutet das aber, wie die US-Propaganda weismachen will, den Waffenstillstand in ganz Indochina? Nein, nichts garantiert, daß Nixon den Waffenstillstand einhalten wird. Auf jeden Fall werden die Völker von Laos und Kambodscha ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Das vietnamesische Volk, das den US-Imperialismus im Abkommen auf die obige Abmachung verpflichtet hat, unterstützt damit den weiteren Kampf der beiden Nachbarvölker.

Die Patriotische Front in Laos hat Verhandlungen mit den Machthabern in Vientiane aufgenommen. Kein Zweifel, die mili-

Die Probleme können nicht durch irgendwelche Verhandlungen gelöst werden und noch weniger durch Kompromisse zwischen der F.U.N.K. und den Verrätern in Phnom Penh. Sie können nur gelöst werden durch den totalen und bedingungslosen Stopp der US-imperialistischen Aggression und die vollständige Beseitigung aller Verräter in Phnom Penh ... und durch die vollständige Befreiung des nationalen Territoriums, das unter die gemeinsame Verwaltung der F.U.N.K. und der G.R.U.N.K. (königliche Regierung), die endgültig in Phnom Penh eingerichtet werden wird."

GIFTBOMBEN AUF THAILAND

Die 'Stimme des thailändischen Volkes' enthüllt in einem Rundfunkbericht vom 23. September den Einsatz chemischer Waffen durch den US-Imperialismus und die Thanom-Praphas-Clique

AUFRUHR AUF DER CONSTELLATION



Demonstrierende Seeleute vor dem Flugzeugträger „Constellation".

Die Kommandanten der US-Navy müssen erleben, wie sich auf ihren stolzen Flugzeugträgern der Feind lebhaft tummelt, den sie in der ganzen Welt niederhalten wollen: Die unterdrückten Klassen, Völker und Minderheiten! Besonders die schwarzen Matrosen in der US-Navy lehnen sich auf. Sie hassen die rassistischen Schikanen der Navy-Offiziere und den Krieg gegen Vietnam. Der berechtigte Hass entlädt sich – trotz Kriegsgerichten in immer mehr Aktionen:

– mehr als 15 Sabotageakte auf dem Flugzeugträger 'Ranger' (zerstörte Ventile, entschärfte Bomben, beschädigte Turbinen)
– Feuer und Explosionen auf den Flugzeugträgern 'Saratoga' und 'Forrestal' und dem Kreuzer 'Newport-News' (mehrere Millionen Dollar Sachschaden, 23 Tote insgesamt)
– Meuterei auf dem Flugzeugträger 'Constellation' 130 Seeleute mit geballten erhobenen Fäusten verweigern die Befehle.
– Auf dem Flugzeugträger 'Kitty Hawk' und dem Tanker 'Hassayampa' kommt es zu heftigen Schlägereien zwischen schwarzen Kriegsgegnern und weissen Rassisten.
– Die 'Constellation' wurde am 3. November durch einen Sitzstreik von 200 Matrosen zum Abbruch eines Manövers gezwungen.

Revisionistisches

Balkan - Chicago

Die Bestechung, Spekulation das Aufblühen von Schwindelfirmen und das Verschieben von Devisen ins Ausland: diese 'illegalen' Formen des Kapitalismus beunruhigen jetzt selbst den alten Arbeiterverräter Tito. Die Tito-Clique will ja einen 'anständigen' Kapitalismus.

Aber: Gegen bares Geld werden Schulabgangszeugnisse, Führerscheine, Baugenehmigungen; Impfzeugnisse, Zollerklärungen; und alle möglichen sonstigen amtlichen Urkunden und Bescheinigungen munter gehandelt. Viele Firmenchefs gründen Tochterfirmen in der Schweiz oder in der Bundesrepublik. Diese Filialen verkaufen den Mutterfirmen Waren aller Art mit Aufschlägen bis zu 100 %. Den Filialen-Gewinn legen die Bosse dann im Ausland an. Spielkasinos florieren, eine ganze Gesellschaftsschicht, die 'sozialistischen' Reichen, wälzt sich in Millionen. Kurz und schlecht: Belgrad ist auf dem besten Weg, ein Balkan-Chicago zu werden.

D'K'P: "maoistische Räuberhöhlen"

Die D'K'P hat am 4.11. in Kiel eine Presseerklärung herausgegeben. Sie versucht darin, die KPD/ML und die Rote Garde in einen Topf mit reaktionären und faschistischen Gruppen zu werfen. Die D'K'P gibt die Adresse von zwei kommunistischen Buch-

tärische Niederlage des US-Imperialismus in der Ebene von Jarres, der Vormarsch der laotischen Befreiungsstreitkräfte an allen Fronten, hat es unter den besonderen Bedingungen von Laos möglich gemacht, die Vientiane-Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Die FUNK (Nationale Front von Kambodscha) hat schon 80% des Landes befreit. Alle wichtigen Straßen sind in ihrer Hand und die letzten Stützpunkte des Feindes werden berannt. "Phnom Penh, das vollständig von der Außenwelt abgeschnitten ist ... ist jetzt wie ein Vulkan kurz vor dem Ausbruch." (Khieu Samphan, Vize-Premierminister der G.R.U.N.K. – Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas). Die faschistische LonNol-Clique herrscht mit nacktem Terror in Phnom Penh. Gleichzeitig stehen bereits die Koffer der Verräter gepackt und die Flug-tickets stecken in ihren Taschen. Die Marionetten-Clique ist am Ende.

Daher stellt die G.R.U.N.K. in ihrer letzten Erklärung fest: "daß sie jeden Vorschlag eines Waffenstillstandes in Kambodscha entschieden zurückweist ...

gegen das thailändische Volk und verurteilt dieses Vorgehen. Früher wurden bereits Plastiksäcke mit den Eiern von Schädlingen und giftige chemische Bomben auf Felder der Provinzen Phitsanulok, Loey und Phetchabun abgeworfen, um die Ernte zu vernichten. Jetzt wurden noch schwerere Verbrechen begangen. Die USA und die Thanom-Praphas-Clique haben aus der Luft chemische Gifte über drei Provinzen abgeworfen und damit die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet und die Ernte vernichtet. Das chemische Gift, das das Getreide verdorren und absterben läßt, , verursacht außerdem schmerzhafte Schwellungen auf der menschlichen Haut, die sich mit Eiter füllen. Die Wirkungen des Giftes können auf andere Körperteile übergreifen und von tödlichem Ausgang sein....

Heute stehen bereits 40.000 US-Soldaten in Thailand. Die Bomber der US-Air Force starten hauptsächlich von Thailand aus. Ein US-Sprecher hat auch schon mitgeteilt, daß im 'Falle eines Waffenstillstands-Bruchs des Vietcong nach der Friedensregelung', die Bomber aus Thailand sofort aufsteigen würden.

...haft, Rusci, konnte während ...r Einreise Perons die Arbei... ...r zum Generalstreik aufrufen. ...an darf nicht vergessen: Für ...ele gilt die Begeisterung nicht ...r Person Perons, sondern vie... Argentinier drücken damit ...ren Hass auf die Militärclique ...nusses aus.

...Das argentinische Volk erwar...t keine schönen Sprüche gegen ...n Imperialismus, sondern Ta...n. Während seine Anhänger ...f der Strasse gegen das Mili...r kämpfen, redet Peron 'vom ...rieden', den er dem Land bringe.

Das argentinische Volk hat keine grosse Geduld mehr. Peron und die einheimische nationale Bourgeoisie haben zu grosse Furcht vor dem Volksaufstand, als dass sie es wagen, weitergehende demokratische Freiheiten zu gewähren. Aber die jetzige Militärregierung kann auch nicht mehr gehalten werden. Umso mehr wird also die Demagogie eines Peron herhalten müssen. Sollte sich Peron bald als Maulheld erweisen, dann kann er jetzt schon das Rückflugticket kaufen.

GENERALSTREIK IN LIBANON

POLIZEI ERSCHOSS STREIKENDE ARBEITER. ARMEE IN ALARMZUSTAND!

Am 11. November schoss die libanesische Polizei in einem Vorort von Beirut auf streikende Arbeiter. 2 Arbeiter starben, 16 weitere wurden verletzt. Die libanesische Polizei, bereits bekannt für ihre Verfolgung der palästinensischen Partisanen im Süden Libanons, bewies mit deisem Blutbad ein weiteres mal: Die Arbeiterklasse, die Völker in den Ländern des Nahen Ostens haben einen gemeinsamen Feind – den Imperialismus und seine einheimischen Marionetten in einigen arabischen Ländern.

Die Gewerkschaft CGTL rief den Generalstreik im Libanon aus, als Protest gegen den Polizeiterror.

1971: 70 MILLIONEN IM AUSSTAND

Millionen Arbeiter und Angestellte Frankreichs kämpften im Oktober für Lohnerhöhungen und Mindestlöhne, für soziale Verbesserungen und gegen die kapitalistische Rationalisierung auf ihre Kosten. Im November ging der Kampf unvermindert weiter. So streikten 300 000 Eisenbahner in ganz Frankreich. Militär mit Lastwagen wurden zum Streikbruch von der Regierung eingesetzt. Einen Tag später legter auch die Beschäftigten bei der Post die Arbeit nieder. Weiterhin im Ausstand waren am selben Tag die 8 000 Kumpel der elsässischen Kaligruben, die seit Wochen streikten. Einen Tag später wiederum reihten sich in diese Kampffront die Angestellten der Gemeinden und der Krankenhäuser ein. Das Selbstbewusstsein und die Kampfkraft der französischen Werktätigen wächst von Tag zu Tag.

Die Verschärfung des Klassenkampfes auch in den Hochburgen des Kapitalismus zeigt sich unter anderem an der wachsenden Streikbewegung. So streikten in allen kapitalistischen Staaten 1965 etwa 3 Millionen, 1969 waren es rund 60 Millionen Arbeiter und Werktätige, 1971 waren 70 Millionen im Ausstand.

In den ersten Monaten des Jahres 1972 haben allein die **britischen** Werktätigen bereits 22,202 Millionen Arbeitstage gestreikt. Im ganzen Jahr 1971 lag die Zahl der Streiktage bei 13,56 Millionen.

Italien: Neben 300 000 Chemiearbeitern kämpften im September Oktober und November 1,2 Millionen Bauarbeiter, 1,4 Millionen Metallarbeiter, 200 000 Eisenbahner, Hunderttausende Lehrer, Staatsangestellte, Hafen- und Landarbeiter gegen die wachsende Verelendung und Entrechtung.

läden an, fordert 'alle arbeitenden Menschen dazu auf, den 'demoralisierenden Elementen, die von diesen als Buchläden getarnten Räuberhöhlen aus nächtliche Zerstörungsfeldzüge unternehmen, das Handwerk zu legen.'

Es wird der D'K'P nicht gelingen, die Arbeiter zu Aktionen gegen die wirklichen Kommunisten zu bewegen. In der Nacht vom 28. auf den 20.10. versuchten 20 Mann des D'K'P-Studentenbundes Spartakus als Ersatz für die 'arbeitende Bevölkerung', den Thälmann-Buchladen zu demolieren. Sie wurden aber vertrieben. Bei ihren Wahlveranstaltungen prügelten D'K'P-Schlägertrupps auf Kommunisten ein. Flugblattverteiler der Roten Garde wurden angegriffen. Bei einer Aktion gegen die NPD in Kiel allerdings sahen die Genossen weit und breit keine 'Kämpfer gegen das Rechtskartell' von der D'K'P. Wahre Kommunisten erleben immer wirder: Die D'K'P ist lammfromm nach rechts hin, nach links schlägt sie aus wie ein Hengst.

'Fachleute' unter sich

Im Ballsaal des Budapester Nobel-Hotels Duna Inter-Continental besprachen kürzlich über 400 Industrielle und Manager aus der Bundesrepublik und Ungarn alle Fragen der engsten industriellen Zusammenarbeit beider Länder. Es ging um die finanzielle Verflechtung, um Techniken betrieblicher Zusammenarbeit und Rechtsprobleme gemeinsamer Unternehmen in Ungarn. Uber 240 Verträge über Verflechtungen westdeutscher und ungarischer Firmen sind schon unterzeichnet. Die Manager von VW: Flick, MAN, Krupp, Mannesmann und Siemens mußten einsehen, daß sie den ungarischen Wirtschaftsmanagern an kapitalistischen Regeln fast nichts mehr beizubringen brauchten.

Bürgerlicher Wahlschwindel - oder Rätedemokratie?

'Millionenfach demokratischer' nannte Lenin die Rätediktatur als die bürgerliche parlamentarische 'Demokratie'. In welcher Weise die Vertreter des Volkes gewählt werden, das ist eine Machtfrage. In der Rätedemokratie besitzen die Arbeiter und Werktätigen die Macht, in der parlamentarischen 'Demokratie' die Bourgeoisie, das Kapital (siehe Roter Morgen Nr. 22/72; Seite 10). Wir wollen hier nicht darauf eingehen, wie mit direkter und indirekter Bestechung, mit der Verfügung über Presse, Rundfunk, Fernsehen, mit Verbot und Verfolgung der Kommunistischen Partei usw. die Bourgeoisie sichert, daß die Wahl zur Wahl von Volks'zertretern' statt Volksvertretern wird.
Stellen wir nur einmal die Frage, ob und wie die Kandidaten das Volk vertreten können.

1. Die Bourgeoisie läßt nur die territoriale Wahl zu. D.h. es werden Wahlkreise eingerichtet, und dieses möglichst so, daß ein großer Arbeiterwohnbezirk aufgestückelt wird unter die umliegenden Bezirke, in denen vorwiegend Bourgeoisie oder Kleinbürgertum wohnt.

In der Rätedemokratie wird vor allem das Prinzip durchgeführt, daß entsprechend der Produktion, dem Platz, wo die werktätigen Klassen zusammengefaßt sind, wo sie arbeiten und kämpfen, gewählt wird. Nur so können auch am besten Kandidaten aufgestellt werden, die den Massen aus der täglichen Zusammenarbeit bekannt sind. Wer hat denn in den Bundestagswahlen jemals 'seinen Abgeordneten' näher gekannt. Und wieviel Arbeiter waren darunter?

2. Von 16 gekauften Parteiwechslern im letzten Bundestag werden 15 (außer FDP-Helms) wieder in den neuen Bundestag als 'Volksvertreter' einziehen. Die CDU/CSU-Führung wußte, daß sogar ihre eigenen Wähler mit solchen offensichtlichen Charaktermasken nicht zufrieden waren und setzten sie deshalb auf sichere Landeslisten-Plätze.
- So etwas kann es in der Rätedemokratie nicht geben. Jeder Kandidat wird direkt gewählt.

3. Nach dem Wahlgesetz dieser bürgerlichen 'Demokratie' gibt es keine man-

6. Im neuen Bundestag sitzt kein einziger Arbeiter. Und selbst wenn es einmal gelingen sollte, hundert klassenbewußte Arbeiter reinzuwählen: An den Schalthebeln der Macht, im Offizierskorps der Bundeswehr, in Polizei und Bundesgrenzschutz, in Justiz usw werden nur Kapitalistenknechte zugelassen. Und jene, bei denen alle Fäden zusammenlaufen, die Kapitalisten, hat keiner gewählt.

Was würden denn Millionen Wähler sagen, wenn man fragt, warum man den Chef der Firma, den Kapitalisten, nicht am 19. November anwählte? - 'Du spinnst, das geht doch nicht! - Allerdings, in dieser 'Demokratie' kann sich das keiner vorstellen.

Im Sozialismus gibt es keine Kapitalisten, die man abwählen müßte. Aber es gibt dort natürlich eine Betriebsleitung, die allerdings wenig mit den kapitalistischen Betriebsleitungen bei uns zu tun haben. Im Sozialismus, in der Rätedemokratie, können die Arbeiter jederzeit erreichen, daß unfähige oder korrupte Chefs abgesetzt werden. Die albanischen und chinesischen Werktätigen haben allerhand Mittel entwickelt, mit denen eine neue Bonzenherrschaft im Betrieb, wie in der SU verhindert wird.

Und der Sozialismus, die Rätedemokratie ist kein schöner Traum, sondern sie wurde schon von Millionen Arbeitern und Werktätigen auf der Welt erkämpft. Erkämpft wurde sie 1871 in der Pariser Kommune, 1917 in der Sowjetunion und 1945 in den vielen Ländern der Volksdemokratie (wenn bei letzeren auch noch oft Zugeständnisse an parlamentarische Wahlformen gemacht werden mußten).

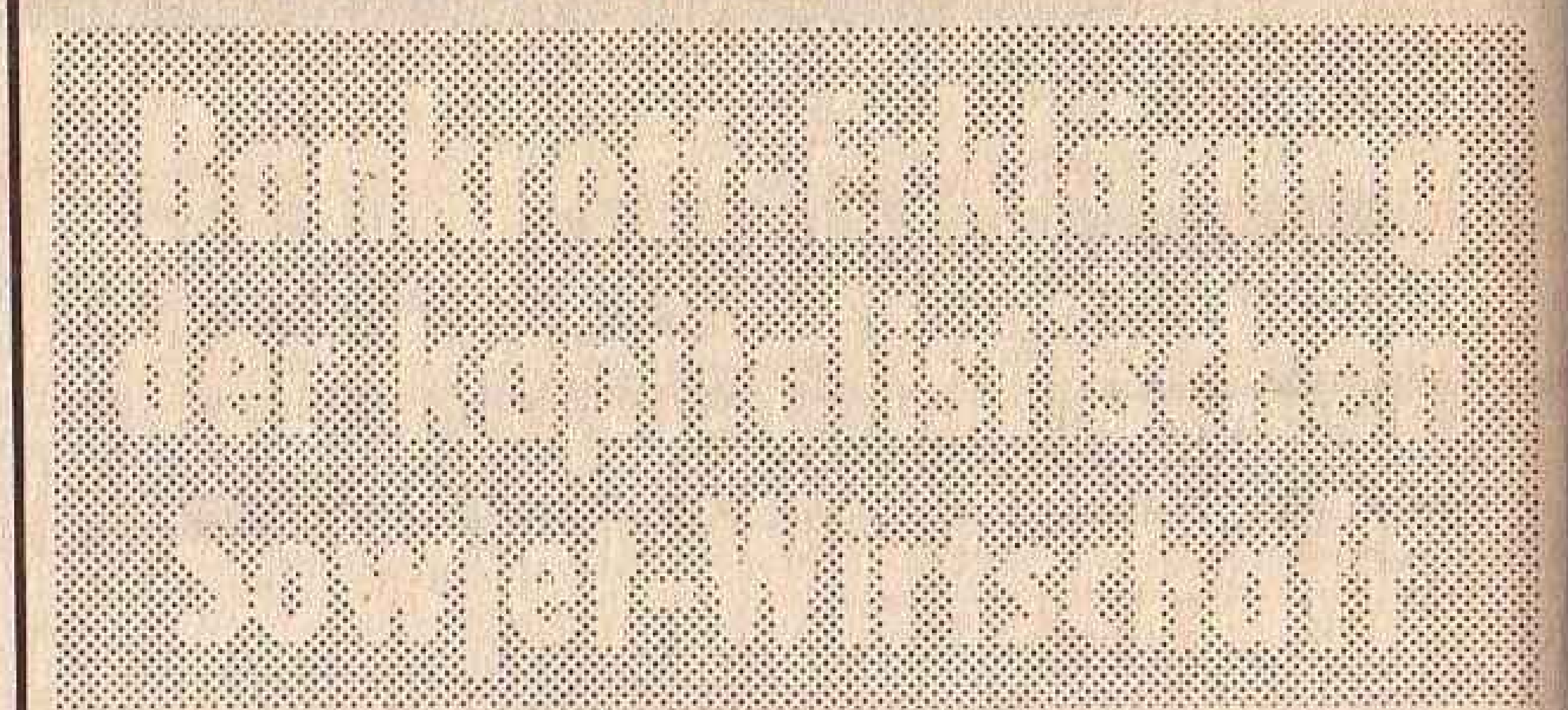
Auch wenn die Rätedemokratie, die Sowjetdemokratie, in einigen dieser Länder wieder zerschlagen wurde: Heute besteht nach wie vor das leuchtende Beispiel der Volksrepubliken China und Albanien, den demokratischsten Ländern der Welt.

* * *

Die sozialistische deutsche Räterepublik wird kommen. Das wird ein Deutschland sein, in dem nicht mehr Millionen Menschen dazu verdammt sind, mit der Kreuzchenabgabe auf einem Wahlzettel die Illusion zu erkaufen; es gäbe hier eine Demokratie; die 'Volksherrschaft'. Das wird ein Deutschland sein, in dem die Millionenmassen der Arbeiter und Werktätigen unmittelbar selbst zur Leitung des Staates und der Produktion, zur selbsttätigen Gestaltung ihres Lebens und ihrer Zukunft herangezogen werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Erkämpft die sozialistische deutsche Räterepublik

Mammut-Hüttenwerk aus Bundesrepublik
Hamsterkäufe in Moskau



Das bisher grosste westdeutsch-sowjetische Kooperationsprojekt mit Aufträgen von ca. 3 Milliarden DM wurde jetzt bekanntgegeben. Die staatseigene Salzgitter AG und die Korf Stahl AG unterzeichneten den Vorvertrag für den Bau eines Hüttenkombinats bei Kursk (südlich von Moskau). Ähnlich wie beim Abkommen über Erdgas-Röhren-Lieferungen sollen auch hier die Lieferungen langfristig von Banken der Bundesrepublik finanziert werden. Wie beim Erdgas-Röhrengeschäft – wo diese Kredite mit jahrelangen Erdgaslieferungen abgetragen werden sollen – so sollen auch bei diesem Projekt die Schulden durch Lieferungen von Hüttenerzeugnissen abgeglichen werden. Diese Verträge zeigen, dass die Kremlzaren ihre Wirtschaft ganz auf Kapitalismus umgestellt haben.

Unter Lenin und Stalin; als noch die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion die **sozialistische** Wirtschaft aufbauten, da gab es keine Milliardenschulden ans Ausland. Da wurde nach Möglichkeit sofort gezahlt. **Sozialistische** Länder wie China und Albanien haben heute keine Auslandsschulden.

Unter Lenin und Stalin wurde an dem Grundsatz festgehalten, dass die Schwerindustrie die gesunde Basis für die gesamte Wirtschaft bilden muss. Solange die Arbeiter die Produktion in der Sowjetunion selbst leiteten, wurde eine stabile und grosse Schwerindustrie geschaffen. Unter dem Kommando der neuen Sowjetbourgeoisie und der Kremlzaren: durch die Planlosigkeit und die Korruption in der Sowjetwirtschaft wurde diese Basis nicht weiterentwickelt und untergraben. Heute muss bei ausländischen Kapitalisten beim Aufbau der Schwerindustrie um 'Hilfe' angeklopft werden.

In der **sozialistischen** Sowjetwirtschaft wurde nicht zugelassen, dass die sowjetischen Werktätigen auf Jahre hinaus für die Kapitalisten des Auslandes die Rohstoffe des eigenen Landes abbauen müssen. Aufgrund der Erdgas-Verträge werden heute aber die Rohstoffquellen der Sowjetunion in riesigem Umfang durch die westdeutschen Kapitalisten ausgebeutet – obwohl in der SU selbst genügend Bedarf und genügend Arbeitskräfte zur Verarbeitung vorhanden sind. Aber jetzt gehen die Kremlzaren noch weiter. Hüttener-

datsgebundene Wahl! D.h., der Kandidat kann nicht auf ein bestimmtes Programm verpflichtet werden. Er kann das blaue vom Himmel herunter versprechen, dann darf er aber 4 Jahre lang das Gegenteil tun, ohne daß die Möglichkeit besteht, ihn abzuwählen.

4. In der bürgerlichen 'Demokratie' ist das Wahlrecht genau festgelegt. So z.B. kann im allgemeinen nur alle 4 Jahre gewählt werden. Daß jetzt die Bundestagswahl um ein Jahr vorgezogen wurde, hat die Bonner Schwatzbude entschieden, das Volk hat dazu kein 'Recht'.
– In der Rätedemokratie wird die Wahlordnung, die Zeit bis zur nächsten Wahl usw vom Volk nach seinem Willen geändert, wenn es das für richtig hält.

5. In den jetzigen Bundestagswahlen wurden 'Volksvertreter' gewählt, die 4 Jahre lang in Bonn auf Steuerkosten reden und reden und ab und zu den Arm heben. Sehen wir mal davon ab, was das für Gesetze sind, die da gemacht werden. Wer von uns hat nun am 19. November die Generäle der Bundeswehr gewählt? Wer hat den Finanzbeamten gewählt, den Wachtmeister um die Ecke, den Richter und Staatsanwalt? Jene, die die Gesetze 'ausführen'! (Gewaltenteilung – so nennt man das in unserem Grundgesetz).
– In der Räterepublik gibt es keine Volksvertreter; die nur Gesetze beschließen, während im Hintergrund Vollzugsorgane: Offizierskorps, Beamtenapparat, Richter usw. die wirkliche Politik machen, ungewählt, unabsetzbar. In der Rätedemokratie wählen die Soldaten selbst auch ihre Vertreter ins Offizierskorps: unabsetzbare Beamte gibt es nicht. Diejenigen, die die Gesetze beschließen, sind auch verantwortlich für deren Durchführung.

Da muß jeder wirkliche Volksvertreter sehen: Wie sieht denn die Praxis, wie sieht die Verwirklichung der von mir gemachten Gesetze aus. Da muß jeder Volksvertreter wirklich ins Volk gehen, um die Durchführung, die Wirkung seiner Beschlüsse zu sehen. Da gibt es keine scheinheiligen Schwätzer, die von der Wirklichkeit ablenken wollen. Da gibt es Kämpfer, die nach der Parole handeln: Durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk!

RADIO TIRANA

zum Wahlkampf in der Bundesrepublik

'Warum die Sowjetrevisionisten mit allen Mitteln Brandt zum Sieg verhelfen wollen' – 'Zusammenarbeit (der Sowjetrevisionisten) auch mit einer CDU/CSU-Regierung' – 'Mit der CDU das gleiche Ziel' – 'Regierung wie Opposition für Einverleibung der DDR'.

Auszug aus der Sendung vom 17. 10.:

"Man kann noch hinzufügen, dass sich unabhängig davon, welche Partei an die Macht kommt, die sowjetisch-westdeutsche Zusammenarbeit in allen Bereichen auf Kosten der Grundinteressen der europäischen Völker vertiefen wird. Die sowjetischen Revisionisten wünschen jedoch selbstverständlich, dass die Partei, die das sozialdemokratische Etikett trägt, an die Macht kommt, weil es leichter ist, diese Zusammenarbeit vor dem sowjetischen Volk und den Völkern Europas zu rechtfertigen, wenn man sie mit verschiedenen friedliebenden Etiketten versieht. Gerade hierin ist der wahre Grund zu suchen, warum die sowjetischen Revisionisten Brandt in seinem Wahlkampf offen unterstützen, und nicht in dem Märchen, wonach es eine grundverschiedene Politik zwischen den bourgeoisen Parteien gibt..."

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43.7, 42.8
21.00 - 22.00	und 26.2 Meter

zeugnisse, von den sowjetischen Werktätigen erarbeitet und für die gesamte Industrie der SU benötigt, sollen auf Jahre hinaus an die Kapitalisten der Bundesrepublik geliefert werden. Die Sowjetwirtschaft steuert auf diese Weise nur noch mehr in den kapitalistischen Krisensumpf.

Notschlachtungen in der Sowjetunion

1963 wurde die Sowjetunion von einer grossen Missernte heimgesucht. Damals propagierte der Revisionist Chruschtschow seine 'Theorie' vom Gulaschkommunismus. Der Aufbau der Schwer- und Maschineninsdustrie sollte zurücktreten hinter dem Aufbau der Konsumgüterindustrie, der Landwirtschaft und der Dienstleistungsbereiche. Damit sollte zum einen die Unzufriedenheit der sowjetischen Werktätigen über die Verschlechterung ihrer Lebenslage aufgefangen werden, die mit der Wiedereinführung des Kapitalismus entstand. Aber in erster Linie ging es den Sowjetrevisionisten darum, neue Industriezweige, Dienstleistungsgewerbe usw. aufzubauen, die den Bedürfnissen der aufgekommenen Bourgeoisie rechnung trugen: Es ging um devisen- und profitbringende Industrie, um Luxusartikel und 'Dienstleistungen' für die Herren Direktoren und Parteibonzen. Wo steht der Gulaschkommunismus heute?

Nach westlichen Einschätzungen dürfen im Herbst 1972 bestenfalls 160 Millionen Tonnen Getreide geerntet werden, d.h. 30 Millionen weniger als vorgesehen. Man braucht sich aber auf die westlichen 'Experten' nicht zu verlassen. Durch den Aufkauf von 11 Millionen Tonnen Weizen und anderen Lebensmitteln in den USA und anderen kapitalistischen Ländern, geben die Kremlzaren selbst zu, wie die Lage steht. Dass sie verheerend sein muss, unterstreichen die Sowjetrevisionisten noch durch eine neue kapitalistische Massnahme: Sie boten sogar Prämien für besonders schnelle Verschiffung des Weizens an!

Eile scheint geboten. In Moskau stehen Käufer vor Lebensmittelgeschäften Schlange. Teilwesie sind Kartoffeln aus den Läden für Tage verschwunden.

Entsprechend reagiert der 'freie' Kolchosmarkt; d.h. der kapitalistische Markt auf dem Lande, der in Eiltempo sich vergrössert. So stiegen in kurzer Zeit die Preise für Kartoffeln auf 45 Kopeken das Pfund (ca. 1,80 DM) und lagen somit rund 900% über den staatlichen Verkaufspreisen.

In Moskau geht die Polizei gegen Hamsterer vor, die vom Lande heranreisen, um sich in der besser versorgten Hauptstadt einzudekken. Auch hier zeigt sich, dass in der heutigen Sowjetwirtschaft die Ungleichheit zwischen Stadt und Land nicht allmählich beseitigt wird, sondern sich im Gegenteil vergrössert.

Die Knappheit an landwirtschaftlichen Produkten führt weiter zu einer Kettenraktion. So müssen infolge Futtermangels bereits Notschlachtungen auf dem Lande durchgeführt werden. Damit aber wird die Krise wieder auf neue Versorgungs- und Wirtschaftsbereiche übertragen.

Es gibt keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Bankrottwirtschaft der Sowjetunion als ein zweites 1917. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern werden ihre Diktatur wiedererrichten und die sozialistische Planwirtschaft wiederaufbauen.

Polizei will Schüler einschüchtern

Wiesloch (RM). Wie wir bereits berichteten, sollen Schüler der ehemaligen 'Roten Zelle Wiesloch' vor Gericht gezerrt werden. Der Grund: Sie haben Flugblätter mit der Stellungnahme der KPD/ML zum Terrorismus in der Bundesrepublik verteilt. In ihrer Schule wurden bereits 300 Solidaritätsunterschriften gesammelt. Ein Aktionskomitee gegen diesen Anschlag der Klassenjustiz wurde ebenfalls gegründet.

Jetzt verteilte die Rote Garde Wiesloch, der die angeklagten Schüler heute angehören, vor der Schule weitere Flugblätter, in denen auch auf einen Vorfall eingegangen wird:

"Am 6. 11. erschienen erneut Kriminalpolizisten in der Schule. Sie ließen die beiden angeklagten Schüler zu sich holen und forderten sie auf, ihnen ein Exemplar derjenigen Ausgabe des Roten Morgen auszuhändigen (Nr. 12/72), die die Stellungnahme zu den Bombenanschlägen enthält, wie sie auf unserem Flugblatt erschien. Komischerweise aber ist in der uns zugeschickten Anklageschrift unter 3. der Beweismittel just jenes 'Exemplar der Zeitschrift Roter Morgen' zu finden ... Es wäre ein Leichtesgewesen, sich diesenRoten Morgen zu besorgen. Was soll also dieses Spektakel der Polizie in der Schule?'

Die Wachsende Solidarität der Schüler soll gebrochen werden. Die Rote Garde Wiesloch kämpft weiter. Die Machenschaften der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz werden ans Licht gezerrt.


KAMPF DER VERFOLGUNG VON KOMMUNISTEN UND ALLEN FORTSCHRITTLICHEN MENSCHEN IN WESTDEUTSCHLAND UND IN WESTBERLIN!


Margrit Schiller vor Gericht

Vor der Achten Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg läuft der Prozeß gegen die 23 Jahre alte frühere Studentin Margrit Schiller. Der Staatsanwalt, das Gericht und die bürgerliche Presse greifen sie wegen Beschaffung einer Wohnung für die Baader-Meinhof-Gruppe an.

Margrit Schiller hat 13 Monate Einzelhaft hinter sich. Trotzdem ist sie nicht gebrochen. Sie verweigert jede Aussage zur Person und zur Sache. Die bürgerliche Presse muß ihr ein selbstbewußtes Auftreten bescheinigen. Dem Gericht gelingt es nicht, sie fertigzumachen und einzuschüchtern. Die Revolutionärin ist nicht zerknirscht, sie greift das kapitalistische System an. Denn nicht sie ist kriminell, sondern die Kapitalisten sind die Verbrecher:

Margrit sagt: "Was ist diese Vorführung gegenüber den Bomben in Vietnam, dem Terror, den Folterungen, dem Hunger in Brasilien, im Iran?'' Sie betont, daß sie als revolutionäre Intellektuelle zu denen steht, die in der derzeitigen Gesellschaft ausgebeutet, unterdrückt und lebensunfähig gemacht würden. Gegen die Gewalt der Unterdrücker ist nur Gegengewalt möglich, obwohl sie selbst die Gewalt haßt, führt sie an. "Nicht noch einmal darf die Frage des bewaffneten Widerstands so lange aufgeschoben werden, bis uns – wie schon so oft in der deutschen Geschichte – die Konterrevolution die Entscheidung abnimmt.''

Margrit Schiller sympathisierte mit der RAF. Die Kampfmethoden und viele Vorstellungen der RAF zeigen deutlich, daß hier Intellektuelle kleinbürgerlicher Klassenlage ihren Protest gegen das herrschende unmenschliche System zum Ausdruck bringen. Die RAF propagiert den isolierten bewaffneten Kampf einzelner 'Helden'. Als Kommunisten stehen wir voll hinter dem Protest und der kämpferischen Haltung dieser Revolutionäre. Als Kommunisten lehnen wir aber auch Kampfmethoden und Vorstellungen ab, die der Arbeiterbewegung fremd und schädlich sind.

Die aufrichtige, kämpferische Haltung der Genossin Margrit Schiller verdient die Anerkennung jedes Menschen, der vor der Hetze der Millionärs-Presse und dem Terror und der Brutalität der Staatsbüttel in schwarzer Robe und grüner Uniform nicht in die Knie gehen will.



FREIHEIT FÜR MARGRIT SCHILLER!

Solidarität mit Jochen Kretschmann!

Bremen, den 5. Nov. 72

Kollegen, Freunde und Genossen!

Ich wende mich mit diesem offenen Brief an alle fortschrittlichen Kollegen und an alle Marxisten-Leninisten und fordere sie auf, mich in meinem Kampf gegen die Klassenjustiz und den rechten Gewerkschaftsführer Heinz Scholz zu unterstützen.

Am **12. Dezember 1972** findet ein Prozess gegen mich statt, den der Bezirksleiter der IG Metall, Heinz Scholz, wegen Beleidigung bei der Bremer Staats-

Als Zeugen dafür, dass ich diese Äusserung gemacht habe, treten der Rechtssekretär der IG Metall Bremen, Gerd Klöver, und der Ressortarbeitsdirektor der Klöckner-Hütte Bremen, Eberhard Fritsche, auf. Scholz fühlt sich durch meine Äusserung als Gewerkschafter beleidigt und herabgesetzt. Er will sich von der Klassenjustiz bestätigen lassen, dass "er die Interessen der Metaller konsequent vertritt.''

Meine Äusserung bezieht sich auf Verhandlungen, die Scholz

Die Tatsachen sprechen gegen Scholz und seine Ideologie der Klassenversöhnung!

Bei der Klöckner-Belegschaft hat Scholz seit 1970 keinen Rückhalt mehr. Als er auf einer Betriebsversammlung die Tarifpolitik erläutern wollte, liessen ihn die Kollegen gar nicht zu Wort kommen. Selbstherrlich verkündete Scholz – unter grossem Beifall der Kollegen – er werde nie wieder auf Belegschaftsversammlungen der Hütte sprechen. Bis heute hat er Wort gehalten."

Solidaritätskomitee

Spende für spanische Druckmaschine:

22.11.1972	Genossen aus Hamborn	158,53 DM

Deutsch-spanische Streikhilfe:

15.11	R.H., Hamborn	100,-- DM
20.11.	J.B., Bochum	100,-- DM
8.11.	R.S., Marburg	30,-- DM
8.11.	P.R., Kiel	400,-- DM
8.11.	OG Augsburg	50,-- DM
		680,-- DM

'Solidarität':

…gung bei der Bremer Staatsanwaltschaft eingeleitet hat. Der Prozess bezieht sich auf eine Ausserung von mir, die ich im Rahmen eines Diskussionsbeitrages auf der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen am 7. 12. 1971 gemacht habe.

Zitat aus der Anklageschrift:

"Der Bezirksleiter der IG Metall, Heinz Scholz, hat in Hamburg in Geheimverhandlungen mit den Kapitalisten bereits zugesagt, dass die IG Metall mit einer Tariflohnerhöhung von 4,5 und 6% einverstanden ist."

mit dem Arbeitgeberverband in Cuxhaven führte. Die Ergebnisse der Verhandlungen entnahm ich der Cuxhavener Presse und anderen Zeitungen.

Das tatsächliche Verhandlungsergebnis für die Klöckner-Kollegen lag dann auch in dem oben genannten Rahmen, nämlich bei 6 %. Rechnet man dann die monatelangen Verhandlungen ab, für die wir nur eine 200,—DM-Pauschale erhielten, so kommt man sogar nur zu einem tatsächlichen Tarifabschluss von 4,8 %. (siehe Handelsblatt).

Der Genosse legt im folgenden seine Auffassungen darüber dar, wie der Prozess gegen ihn politisch zu verstehen und zu führen ist. Hier stimmen wir mit dem Genossen in den wesentlichen Fragen überein. In anderen Punkten bestehen Differenzen, so z.B. in der Frage des Parteiaufbaus und der Rolle der Gewalt im Klassenkampf. Trotzdem sprechen wir natürlich dem Kollegen und Genossen Kretschmann unsere volle Solidarität aus. Wieder zeigt sich in diesem Fall, wie das Kapital und dessen Knechte in Staat und Gewerkschaft zusammenarbeiten.

15.11.	H.W., Hamborn	120,10 DM
17.11.	S., Echerfören	10,-- DM
8.11.	Ortsgruppe Augsburg	50,-- DM
8.11.	M.C., Werdohl	10,-- DM
		190.10 DM

heutige Polizeistaats-Praktiken

Rechtsanwalt Lang in Stuttgart hat angeblich ebenfalls die RAF unterstützt. Langs Anwalt, der Heidelberger Rechtsanwalt Eberhard Becker, bezeichnete die Begründung für Langs Haft als 'konstruiert'. Er kündigte Anzeige gegen einen Beamten der Politischen Polizei, Fasig, an.

Fasig hatte einen ehemaligen Kunden von Lang, den Tschechen Jan Blanar mit 400 DM versehen und in die Wohnung von Lang geschickt. Dort sollte Blanar den Rechtsanwalt Lang, gegen den damals gerade die Polizei ermittelte, zur Flucht auffordern. Blanar hatte vom Polizisten Fasig auch falsche Ausweispapiere mitbekommen, welche er jetzt Lang für die Flucht anbot. Ganz 'kameradschaftlich', versteht sich.

Lang war nicht auf diese Provokation eingegangen. Trotzdem lieferte Blanar einen entsprechenden Bericht an seine Auftraggeber.

Daß dieser Blanar ein gekaufter Spitzel, ein Lump ist, wird durch die weiteren Erklärungen von Langs Verteidiger deutlich: Blanar war vor der ganzen Geschichte in verschiedene kriminelle Delikte verwickelt: Ihm drohte die Ausweisung, da er ja Ausländer war.

So also kommt hierzulande die Polizei und Staatsanwaltschaft zu 'Beweisen': Durch einfache Erpressung von Straffälligen als Spitzel und Provokateure. Für einen Lügenbericht eines solchen Spitzels wird mit 'Bewährung' oder Ausschiebungsaufschub gezahlt. (Aber meist verschwinden solche Mitwisser trotzdem in der Versenkung und kommen so um ihren 'Lohn'). Für einen solchen Lügenbericht soll Lang hinter Gitter.

NIEDER MIT DER GENSCHER-STAATS-POLIZEI!

MASSAKER IN BATON ROUGE



Ein Proteststurm gegen das blutige Massaker, das Polizei und Nationalgarde unter farbigen Studenten anrichteten, hat die USA erfasst. Streiks und Demonstrationen an der Universität Chicago; Studenten und Arbeiter demonstrieren in New York. Die Empörung unter der farbigen Bevölkerung war so gross, dass der Gouverneur des Staates den Ausnahmezustand verhängen musste. Als Grund wurde angegeben, der Kauf von Waffen und Munition sei sprunghaft gestiegen.

Inzwischen wurde das Lügenmärchen der Polizei über den Tod der zwei farbigen Studenten in Baton Rouge entlarvt. Die Obduktion förderte zutage, dass die beiden an Schrotschüssen und Granaten starben, die aus den Reihen der Polizeihorden gefeuert wurden. Die Polizei hatte vorher noch behauptet, die beiden Studenten wären von der Menge totgetrampelt worden.

STREIK IN NAMIBIA

Nambia – ehemalige deutsche Kolonie "Süd-West-Afrika" – wurde vom Völkerbund der 'Südafrikanischen Republik zur Verwaltung' übergeben. Heute übt das südafrikanische Rassistenregime dort seine offene Kolonialpolitik aus. Dezember 71 kam es zu einer Reihe von Streiks der afrikanischen Arbeiter, denen sich insgesamt mehr als 16 000 anschlossen.

Die afrikanischen Arbeiter in der Walfishbay streikten gegen das 'Kontraktarbeitssystem'. Das System der "Kontraktarbeit" ist ein Mittelding zwischen Lohnarbeit und echter Sklavenarbeit. Dem schwarzen Arbeiter wird ein Arbeitsplatz weit entfernt von Heimat und Familie zugewiesen. Er darf den Arbeitsplatz nicht wechseln oder verlassen. Wer dagegen verstösst, wird als Krimineller verfolgt. Die schwarzen Arbeiter werden unter strenger Bewachung in einer Art Konzentrationslager gefangengehalten. Gegen diese neukolonialistische Sklaverei streikten die Namibier.

Sie streikten dagegen, dass unter dieser Rassistenherrschaft ein schwarzer Arbeiter ein dreizehntel von einem Weissen verdient. Sie kämpfen weiter gegen die Verhaftung der Streikführer aufgrund des 'Anti-Kommunismus-Gesetzes'. Die Vereinten Nationen forderten das rassistische Voster-Regime in Südafrika bereits mehrmals auf, sich aus Namibia zurückzuziehen. Das Voster-Regime denkt nicht daran, seine Kolonialpolitik freiwillig aufzugeben. Auch wenn Südafrika jetzt in der UNO Pläne zur 'Aufhebung bestimmter Beschränkungen" bekannt gibt.

Auch die westdeutschen Imperialisten, die eng mit den südafrikanischen Rassisten zusammenarbeiten, besitzen Kapital und Kolonialinteressen in Namibia. So will z.B. die 'Deutsche Uran GmbH' zusammen mit der Rio Tinto Zinc Corporation (Grossbritannien) in Namibia Uran ausbeuten.

Die südafrikanischen Rassisten und deren Hintermänner in USA, Grossbritannien, Japan und Westdeutschland hatten durch den nationalen Streik in Namibia einen schweren Schlag erlitten. Auch in Afrika zeigt sich, dass das Wachsen der Arbeiterklasse eine Verschärfung des revolutionären Kampfes mit sich bringt. Viele verfolgten Strikenden haben sich inzwischen den bewaffneten Befreiungskräften, den Partisanen in Namibia angeschlossen. Im heutigen Afrika wird der Kampf zur endgültigen Beseitigung des Kolonialismus mit der Waffe in der Hand und unter der Führung der Arbeiterklasse durchgeführt.

Demokratischer und sozialistischer Kampf

Über das Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf gibt es oft noch keine völlige Klarheit. Vor allem versuchen die modernen Revisionisten hier immer wieder Verwirrung zu stiften. So verbreiten sie z.B. die falsche Ansicht, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen der Kampf für den Sozialismus dem Kampf für Demokratie untergeordnet ist. Deshalb ist es wichtig, sich über diese Frage Klarheit zu verschaffen.

Demokratische und sozialistische Revolution

Allgemein bedeutet die demokratische Revolution die Beseitigung der feudalen Gesellschaftsordnung und die Errichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die demokratische Revolution wurde in den westeuropäischen Ländern, wenn auch nicht überall restlos vollendet, meist im 19. Jahrhundert durchgeführt.

Die sozialistische Revolution bedeutet die gewaltsame Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Der Imperialismus, die Aufteilung der Welt unter einige imperialistische Mächte, schuf aber einige Besonderheiten. Zum einen verrät die Bourgeoisie ihre demokratischen Ziele (bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten), mit denen sie gegen das Feudalsystem antrat. Sie wird selber zur reaktionärsten Kraft der Gesellschaft. Zum anderen verhindern die imperialistischen Staaten in den von ihnen unterdrückten und ausgeplünderten Ländern eine normale kapitalistische Entwicklung und die demokratische Revolution. Selbst diejenigen einheimischen Kapitalisten, die eine eigenständige kapitalistische Entwicklung ihres Landes anstreben (Nationale Bourgeoisie), werden von den imperialistischen Mächten niedergehalten.

Die brutale Ausbeutung und Unterdrückung in den Kolonien und abhängigen Gebieten schafft die Voraussetzung für eine breite militante Einheit gegen den Imperialismus, in die selbst Teile der nationalen Bourgeoisie zeitweise einbezogen werden können. Verstärkt durch den Kampf der imperialistischen Mächte untereinander können einzelne Länder, obwohl sich der Kapitalismus in ihnen kaum entwickelt hat, aus dem Lager des Imperialismus herausgebrochen werden und den Weg zum Sozialismus einschreiten.

Die Kommunistischen Parteien dieser Länder richten den revolutionären Befreiungskampf auf eine Revolution aus, die zwei Etappen, die demokratische und die sozialistische, umfasst. Da auch die demokratische Etappe unter Führung der Arbeiterklasse durchgeführt wird, ist sie eine Etappe im Kampf für den Sozialismus, nicht etwa eine bürgerliche Revolution, die das Proletariat und seine werktätigen Verbündeten stellvertretend für die Bourgeoisie durchführt, mit dem Ziel, den Kapitalismus aufzubauen. Bereits diese demokratische Etappe hat das Ziel, die Diktatur des Proletariats in Form der Volksdemokratie zu errichten, in der die Stellung der werktätigen Verbün-

Der deutsche Faschismus hatte die CSR brutal überfallen, den Staat zerschlagen und die CSR praktisch in eine Kolonie Hitlerdeutschlands verwandelt. Er schuf damit in einem ursprünglich selbständigen kapitalistischen Staat ähnliche Bedingungen, wie sie in vielen halbkolonialen Ländern (heute 3. Welt) herrschen. Das tschechoslowakische Volk setzte sich gegen die faschistischen Eindringlinge und ihre einheimischen Handlanger zur Wehr und verjagte sie, unterstützt durch die siegreiche Rote Armee der Sowjetunion. In der CSR wurde 1945 die Volksmacht errichtet.

Da auch ein Teil der tschechoslowakischen Bourgeoisie sich in den antifaschistischen Befreiungskampf eingereiht oder neutral verhalten hatte, war die Stellung dieser Kapitalisten auch unter der Diktatur des Proletariats zunächst noch sehr stark. Sie versuchten 1948 einen Aufstand, der aber von der Volksmacht niedergeschlagen wurde. 1945 bis 48 herrschte in der CSR also bereits eine Volksdemokratie, eine Form der Diktatur des Proletariats und nicht etwa eine antimonopolistische Demokratie. (vgl. auch 'Polemik über die Generallinie'; Peking 1963; S.424).

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung

Und wie steht es mit der Entwicklung in Ostdeutschland nach 1945? Ist diese ein Beispiel für eine antimonopolistische Demokratie?

Nein: Die siegreiche Rote Armee hatte den faschistischen Militärapparat in Ostdeutschland zerschlagen und sie war zunächst auch der wichtigste Garant dafür, dass die deutschen Kapitalisten in Ostdeutschland keine Möglichkeit hatten, sich wieder zu bewaffnen. Unter diesen Bedingungen wurde die weitere Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates bereits weitgehend durch deutsche antifaschistische Organisationen durchgeführt. Es wurde nicht nur das Junkertum durch die Bodenreform beseitigt. Die wesentlichen Massnahmen waren der Form nach antifaschistisch-demokratisch, entsprechend den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens — Bestrafung der Kriegsschuldigen und Beseitigung der Grundlagen des Faschismus. **Ihrem Inhalt nach waren die Enteignung der Banken und Konzerne, das heisst die Zerschlagung des Finanzkapitals und Überführung ihres Eigentums in die Macht des Volkes, das sich mit der Volkspolizei und den Betriebskampfgruppen auch bewaffnete Organe schuf, aber bereits sozialistische Massnahmen.**

Die Besonderheit, dass nur von antifaschistisch-demokratischer Ordnung und nicht von einer Volksrepublik oder sozialistischen Republik gesprochen wurde, liegt darin, dass die damalige SBZ kein eigener Staat war. Die Kommunisten kämpften für die Einheit Deutschlands und beabsichtigten nicht, einen **separaten** sozialistischen Staat zu errichten.

Als der westdeutsche Imperialismus unter dem Schutz der angloamerikanischen Besatzungstruppen wieder aufgepäppelt worden war und mit der Gründung der BRD Deutschland gespalten wurde, — erst danach wurden die dem Inhalt nach sozialistischen

Ist das Ziel Revolution – JA oder NEIN?

Wenn es in Westdeutschland also keine antimonopolistische Demokratie und auch keine demokratische Revolution mehr geben wird; heisst das; dass der demokratische und der antifaschistische Kampf keine Bedeutung haben? Natürlich heisst es das nicht! Und unsere Partei hat eindeutig klargemacht und zeigt es tagtäglich im Klassenkampf; dass die Verteidigung demokratischer Rechte ein wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes ist. Die Bourgeoisie hat das Banner des demokratischen Kampfes; mit dem sie einst gegen den Feudalismus antrat; fallengelassen und tritt es ständig mit Füssen. Nur die Arbeiterbewegung und ihre Kommunistische Partei ist in der Lage; es aufzunehmen und in den Kampf für die sozialistische Revolution einzubeziehen.

Wir dürfen aber keinen Moment vergessen, dass auch dieser Kampf auf das sozialistische Ziel ausgerichtet werden muss und ihm untergeordnet ist:

"Der ganze Trick (der Revisionisten) liegt hier in der Ta sache, dass sie nur den Zusammenhang zwischen dem Kamp für Demokratie und dem Kampf für Sozialismus in einseitige Weise unterstreichen, während sie den Unterschied zwische ihnen vergessen, weil sie den Kampf für Sozialismus nur au den Kampf für Demokratie beschränken. Das bedeutet tatsäch lich; sich im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Ordnun bewegen. Im allgemeinen akzeptieren die Revisionisten di Unterstellung der demokratischen Aufgaben unter die soziali stischen Aufgaben nicht, sondern das Gegenteil." (aus: 'Be kämpft den modernen Revisionismus! Verteidigt den Marxismus Leninismus und die Einheit der kommunistischen Weltbewe gung!', Tirana 1964).

An der Ausrichtung auf die sozialistische Revolution ändert sich grundsätzlich nichts, wenn die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung aktuell wird, oder wenn es gilt, für den Stur des Faschismus zu kämpfen. Natürlich werden die Anstrengun gen für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und für di Einbeziehung von Bündnispartnern in den Kampf gegen de Faschismus ungeheuer an Bedeutung gewinnen. Und in dies Einheit müssen alle einbezogen werden, die **ehrlich** gegen de Faschismus kämpfen, auch wenn sie (noch) nicht für die sozia listische Revolution kämpfen.

Verlieren wir aber nie die Weisung des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1935) aus dem Auge, de eindeutig feststellte:

"Für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheite und der Errungenschaften der Werktätigen gegen den Faschis mus kämpfend, entwickelt das revolutionäre Proletariat sein

kratie zu errichten, in der die Stellung der werktätigen Verbündeten des Proletariats und anfangs oft unter Beteiligung von Teilen der nationalen Bourgeoisie stärker ausgeprägt ist als in der höherentwickelten sozialistischen Rätedemokratie.
Dass zwischen den zwei Etappen der Revolution keine feste Mauer besteht, macht z.B. die Revolution in Albanien klar:

> "Die Diktatur des Proletariats war die unmittelbare Frucht der Volksrevolution. Diese begann während des nationalen Befreiungskampfes als antiimperialistische demokratische Revolution, um sich nach der Befreiung des Landes als sozialistische Revolution ununterbrochen weiterzuentwickeln. Während nun in der ersten Etappe der Revolution das strategische Ziel der Partei die Errichtung der volksdemokratischen Ordnung war, war das strategische Ziel in der zweiten Etappe die Festigung des volksdemokratischen Staates als Form der Diktatur des Proletariats, die Liquidierung der Wirtschaftsbasis des Kapitalismus und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Diese zwei Etappen waren zwei miteinander verflochtene Glieder einer Revolution und ergänzten sich gegenseitig. Die Erfüllung der Aufgaben, welche die erste Etappe stellte, schuf die unerlässlichen Bedingungen für die zweite Etappe. Letztere wurzelte in der ersten Etappe und entwickelte sich aus ihr. In der zweiten Etappe wurden zugleich auch die demokratischen Umwandlungen, die in der ersten Etappe nicht realisiert worden waren, durchgeführt."
>
> **Aus: Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens; S. 297**

Die modernen Revisionisten, die die Arbeiterklasse von der sozialistischen Revolution abzuhalten versuchen, streichen heute den revolutionären Kampf für den Sozialismus und versuchen stattdessen die Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse, die bereit sind, für den Sozialismus zu kämpfen, auf ein Zwischenziel auszurichten: die sogenannte 'antimonopolistische Demokratie'. Das ist eine bürgerliche Republik, die angeblich durch friedlichen parlamentarischen Kampf gegen die Monopole erreicht werden kann. In dieser 'antimonopolistischen Demokratie' soll bereits die Macht der Monopole zurückgedrängt sein und nur noch die Herrschaft der kleinen Kapitalisten bestehen. Wir hätten dann einen Kapitalismus, in dem Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt herrschen und von wo dann friedlich zum Sozialismus weitergegangen werden könnte. In Wirklichkeit ist dieses Mustermodell einer bürgerlichen Republik ein illusionäres Trugbild.

Es ist selbstverständlich, dass das bis an die Zähne bewaffnete westdeutsche Monopolkapital einer 'friedlichen Zurückdrängung' nicht friedlich zuschauen wird und sie mit allen Mitteln verhindern wird. Das gefährliche an diesem Trugbild aber ist, dass fortschrittliche Arbeiter, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, vom gewaltsamen Klassenkampf abgehalten und auf einen friedlichen Weg, den es nicht gibt und auf die bürgerliche 'Demokratie' abgelenkt werden sollen. Sie werden dadurch buchstäblich in eine Sackgasse gelenkt und von der sozialistischen Revolution abgehalten.

Die Besonderheiten nach 1945

Als Beweis dafür, dass es auch in Westdeutschland eine antimonopolistische Demokratie geben wird, werden immer wieder die Beispiele der CSR (45-48) und Ostdeutschlands (45-49) genannt, wo es angeblich solche bürgerlich-demokratische Republiken gegeben hat. Was ist davon zu halten?

de, — erst danach wurden die dem Inhalt nach sozialistischen Massnahmen in Ostdeutschland durch die Gründung der DDR auch der Form nach Grundlage für die Diktatur des Proletariats.*

Die tatsächliche Entwicklung in der CSR und der DDR zeigen, dass sie kein Beispiel für eine antimonopolistische Demokratie und erst recht nicht für einen friedlichen Übergang sind, sondern dass es unter den besonderen Bedingungen des 2. Weltkrieges entstandene Formen der Diktatur des Proletariats sind.

Vom Ziel ablenken Mit Spekulationen ?

Wie aber steht es damit, dass die Revolution in Westdeutschland und Westberlin erst eine demokratische Etappe durchlaufen muss?

Glaubt beispielsweise das ZB der Gruppe Rote Fahne Bochum, das die historischen Beispiele der DDR und CSR nach 45 ständig anführt, ernstlich, dass man das heutige Westdeutschland, einer der am höchsten entwickelten imperialistischen Staaten mit einer riesigen Militärmaschinerie, (ein Staat, der eine Bedrohung für alle Völker Europas ist), mit der vom Hitlerfaschismus besetzten CSR vergleichen kann? Meinen die gleichen Leute ernstlich, dass es in Westdeutschland zu einer Wiederholung der Geschichte kommt, die zu der Entwicklung nach 45 in Ostdeutschland führte (Sieg des Faschismus, Weltkrieg, Antihitlerkoalition, Potsdamer Abkommen)? Vergessen wir nicht, dass es unsere Aufgabe ist, mit allen Kräften dafür zu kämpfen, dass wir dem Faschismus durch die sozialistische Revolution zuvorkommen. Vergessen wir nicht, dass die Chancen des westdeutschen Imperialismus, nach der Entfesselung eines Weltkrieges sein Unwesen noch fortzusetzen, verschwindend gering sind. Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg wird die Revolution auslösen.

Auf jeden Fall ist es vorher unsere Aufgabe, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln und die sozialistische Revolution zu erkämpfen, statt darauf zu spekulieren, dass danach in Westdeutschland die Revolution mit einer demokratischen Etappe beginnt.

Als weitere Begründung für die Vorschaltung einer demokratischen Revolution vor der sozialistischen Revolution werden in letzter Zeit vom ZB die bedeutenden Überreste des Feudalismus angeführt, die erst in einer demokratischen Revolution beseitigt werden müssten. Ginge man nach dieser Logik, nähme noch irgendwelche feudalen Überbleibsel, so fände man in jedem Land einen Grund, die sozialistische Revolution zu verschieben. Aber für die Beseitigung der feudalen Überreste, die in Westdeutschland äusserst gering sind, brauchen wir keine demokratische Revolution und auch keine eigene Etappe. Die sozialistische Revolution in Westdeutschland und Westberlin wird ohne Schwierigkeit diese Überreste beseitigen können, wie bisher jede sozialistische Revolution die vielfach erheblich grösseren Überreste des Feudalismus beseitigen konnte. **Es sollte den Genossen, die von der Vorschaltung einer demokratischen Revolution reden, zu denken geben, dass genau diese Theorien zuerst von Leuten (Ulbricht und anderen Renegaten) aufgestellt wurden, von denen heute klar ist, dass sie nicht nur die sozialistische Revolution verzögern wollten, sondern diese auch in der DDR verraten haben.**

mus kämpfend, entwickelt das revolutionäre Proletariat sei Kräfte, festigt die Kampfverbindungen mit seinen Bundesg nossen und richtet den Kampf auf die Eroberung der wirklich Demokratie der Werktätigen, der Sowjetmacht." (Hervorhebun von der RM-Redaktion).

Kommunisten müssen gegen Faschismus und Revisionismus gleichzeitig kämpfen!

Die Ausrichtung auf die sozialistische Revolution bedeut nicht, dass die Arbeiterklasse dieses Ziel in jedem Land im antifaschistischen Kampf auch unmittelbar erreicht. Die Aus sichten, dass die Bourgeoisie in einem imperialistischen Lan den Faschismus etabliert und danach ihr Unwesen wieder in Form der bürgerlichen Demokratie fortsetzen kann, werden um so geringer, je konsequenter die Kommunisten den Kampf füh ren und erfolgreich gegen bürgerliche und revisionistische Illu sionen und Betrugsmanöver ankämpfen.

Wer aber das sozialistische Ziel aus den Augen verliert un aufgibt, und sich nur noch auf die Erhaltung der bürgerliche Demokratie bzw. Wiedererlangung der bürgerlichen Demokrati ausrichtet, der ist kein Kommunist, sondern ein Kapitulant un Verräter. Den modernen Revisionisten ist es gelungen, ihr Auffassungen weit über die D'K'P hinaus zu verbreiten. Z.B. ist diese Auffassung klar beim ZB der Gruppe Rote Fahne Bo chum erkennbar:

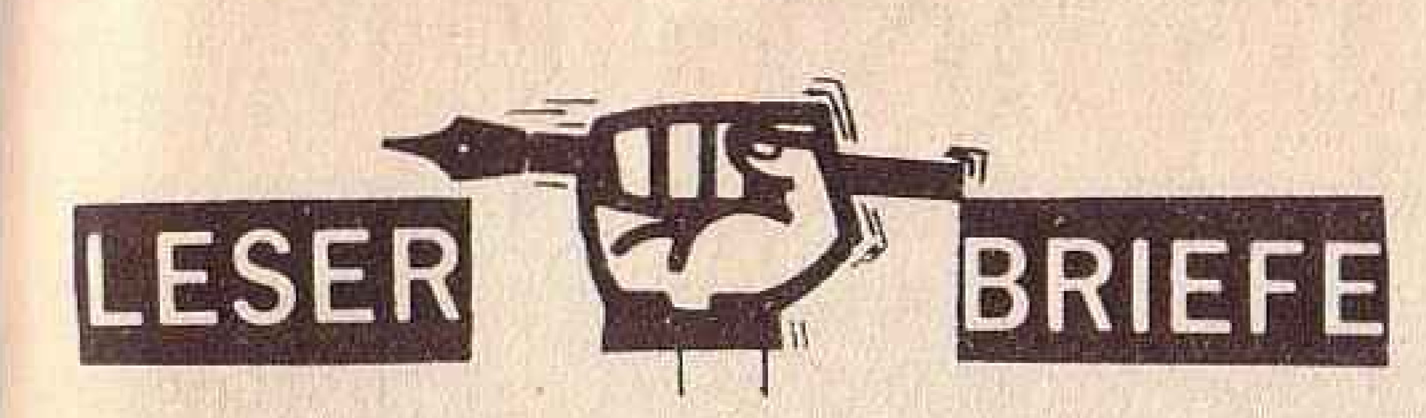
> "Die antifaschistische Einheitsfront ist nicht der direkte revolu tionäre Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Partei, sondern is die Vorbereitung auf diesen Kampf und **dient in erster Linie dem Stur des Faschismus und der Wiedererlangung der demokratischen Freiheite und Errungenschaften der Werktätigen."** (Bolschewik 5).

Führen wir gegen diese revisionistischen Auffassunge einen beharrlichen Kampf. Kämpfen wir um jeden einzelne Genossen! Je mehr es gelingt, diese revisionistische Verfäl schung des antifaschistischen Kampfes zu beseitigen, ums geringer ist die Gefahr, dass es dem Faschismus tatsächlic noch einmal gelingt, an die Macht zu kommen.



* Wir werden später genauer auf einzelne Abweichungen, d es bei der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats ga eingehen.

Dass man revolutionäre Veränderungen nicht nach der For sondern nach dem Klasseninhalt beurteilen muss, zeigt kl Stalins Darstellung von sozialistischen Massnahmen in Rus land: 'Über die drei Grundlosungen der Partei in der Bauer frage' oder in Albanien die 'Geschichte der PAA', besonde S. 286.



Genossen!

Viele Kollegen begrüßen das Plakat zur Wahl. Diskussionen um das Plakat endeten immer: Macht weiter so und guten Erfolg.
Ein armer Bauernrentner war begeistert und gelobte uns zu unterstützen. Er erkannte deutlich: der ganze Wahlschwindel geht nur auf Kosten der steuerzahlenden Werktätigen; es ändert sich jedoch nichts.
... Zwei Genossen wurden nachts beim Kleben von den Bullen erwischt. Sogleich zückte ein Bulle die Pistole. Trieb ihn ein Pinsel und ein Stück Papier zu dieser Angst?

Kiel, den 15. 11. 72

Vor einigen Tagen fand hier in Kiel eine Juso-Wahlveranstaltung statt. Es sprach SPD-Kandidat Norbert Gansel. Das Ganze war wieder richtig schön poppig aufgemacht: mit Beat, Tanz usw.

Zwischendurch wollte Gansel Fragen aus dem Publikum beantworten. Am Anfang lief die Sache recht zaghaft. Ein SPD-Mann mußte an Gansel eine Frage stellen, weil sonst niemand wollte. Dann aber kam die Sache in Schwung: Genossen nagelten Gansel auf den Notstandsgesetzen, auf dem KPD-Verbot und der Aufrüstung fest. Gansel wand sich wie ein Aal, behauptete, immer schon gegen Notstandsgesetze, KPD-Verbot und Aufrüstung gewesen zu sein und gab sich ungemein fortschrittlich. Als ihm aber von Studentengenossen, die ihn noch aus alten Zeiten kannten, seine Lügen nachgewiesen wurden, drehte er völlig durch: Plötzlich faselte er von einem 'Rechts-Links-Kartell' (CDU/CSU – KPD/ML), und behauptete, die KPD/ML würde in Hamburg Flugblätter verteilen, in denen sie zur Wahl der CDU aufrief!

Damit machte er sich aber gründlich lächerlich. Die Klatscher auf seiner Seite wurden immer weniger. Als er dies endlich bemerkte, machte er einen kurzen Ausflug in die Geschichte der KPD, um uns aufs Kreuz zu legen und um das Thema zu wechseln. Er tönte, Stalin hätte Thälmann 'geopfert'; weil er einen Märtyrer brauchte usw. usw. usw. Wieder großes Gelächter.
Dann befragten ihn einige Genossen von HDW (Howald-Deutsche-Werft) nach seiner Haltung zum Streik bei HDW. (Es ging um ein höheres Tonnagegeld von 100 DM und Anpassung des Weihnachtsgeldes an den Satz des Salzgitterkonzerns). Wieder log Gansel. Er behauptete, das Weihnachtsgeld wäre angepaßt gewesen und es wäre nur ein Streik von ein paar Leuten gewesen. (Es

Genossen!

Beim Verkauf des ROTEN MORGEN muß ich sehr oft die harte Kritik der Bevölkerung hören, warum in unserer Zeitung nicht Stellung genommen wird gegen den 'sozialistischen Staat' DDR, der in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat ist ... Erklärlich ist es, da ja der RM kaum auf die Ausbeutung, Sorgen und Nöte der Bürger der DDR eingeht und somit nicht klar genug sagt, daß wir mit der Regierung in der DDR nichts Gemeinsames haben ... Besonders ist mir aufgefallen, daß schon mehrere Genossen der alten KPD darauf hingewiesen haben, daß dieses Thema im RM so gut wie gar nicht behandelt wird ...
Wir müssen aufzeigen: Thema Leistung, Übernormerfüllung, den Lebensstandard dort, Mangelware trotz Übersollerfüllung, warum die Läden oft leer sind, ... Ich habe diese Kritik zusammen mit einem Genossen der alten KPD geschrieben und wir wären sogar bereit, den Artikel über die DDR zu schreiben.

Rot Front

RM-Redaktion: Was die Innenpolitik der DDR-Regierung bzw. der SED angeht, was die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Werktätigen durch die neue Bourgeoisie in der DDR betrifft; so stimmt: Wir haben bisher zu wenig darüber geschrieben. Wir haben ja immer betont, dass die noch grosse Resignation in der westdeutschen Arbeiterbewegung in Bezug auf Kommunismus und Sozialismus auch durch die Entartung in der DDR bedingt ist. Schliesslich haben sich die Augen der westdeutschen Arbeiter und Werktätigen einmal hoffnungsvoll auf den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden gerichtet. Umso grösser war dann die Enttäuschung, als dort die Arbeiter und Bauern von der Macht verdrängt wurden, als immer mehr die sozialistischen Errungenschaften vernichtet wurden und der Kapitalismus in neuer Form sich festigte.
Die antikommunistische Propaganda trägt natürlich ihren Teil zur Schürung der Resignation bei uns bei: Indem sie die Herrschaft der neuen Bourgeoisie als 'Sozialismus' ausgibt. Gerade jetzt, wo viele Kollegen rüber fahren, müssen wir verstärkt an ihrem eigenen Erleben, ihren Fragen anknüpfen. Die Kollegen fragen: Kann das Sozialismus sein? Wie sieht Sozialismus wirklich aus? Wie werden wir das sozialistische Deutschland erreichen? Wird es nicht 'zwangsläufig' immer so kommen, wie in der DDR oder der Sowjetunion?
Je mehr konkrete Beispiele wir haben, umso überzeugender können wir hier argumentieren. Ein Reisebericht wurde nun im ROTEN MORGEN Nr. 22 abgedruckt. Das sollte ein Anfang sein. Leider gehen noch zu wenige dieser Berichte ein. Eure Bereitschaft, einen Artikel zu schreiben, nehmen wir beim Wort, und fordern auch andere Freunde und Genossen auf, uns Berichte aus dem Leben in der DDR zu schicken.
Natürlich werden wir uns ausserdem verstärkt um andere Informationen kümmern. Das Verständnis mit der Lage und dem Kampf unserer Klassenbrüder, unserer Landsleute in der DDR, die Solidarität mit ihrem Kampf gegen den weiteren Abbau der sozialistischen Errungenschaften, gegen die Bedrohungen der DDR-Bevölkerung durch den Sozialimperialismus und den westdeutschen Revanchismus ist eine ernste Pflicht für uns west-

Liebe Genossen;

... Auch gegen mich findet am 6. Dez. 72 in Westberlin eine 2. Berufungsverhandlung wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt statt. (Teilnahme an den Antispringer-Aktionen 68 Ostern in Hannover). Werde daran nicht teilnehmen, denn die Justiz ist für die 'Strafhandlung' nicht zuständig. Westberlin gehört juristisch nicht zur Bundesrepublik! Am Schluss möchte ich zu den Leserbriefen im RM Stellung nehmen: Finde die Rubrik gut; glaube, dass für die KPD/ML besser wäre, wenn der RM nicht nur Zustimmungserklärungen zu der Politik der KPD/ML geben würde, sondern wenn es zwischen der Redaktion und ihren Lesern zu einer kritisch-sachlichen Diskussion kommen würde. Nehme an, dass dieses beiden Seiten von Nutzen sein könnte und vor allem die KPD/ML stärken würde.
Rot Front!

RM-Redaktion: Schicke bitte einen genaueren Bericht über Dein Verfahren an das Solidaritätskomitee für alle politisch Verfolgten.
Der Platz auf der Leserbriefseite ist beschränkt. Der kleine Teil der Leserbriefe, die nur antikommunistische Schlagworte loslassen, beantworten wir nur individuell (leider sind sie meist anonym), da der Abdruck den Lesern nichts neues bringen würden. Leserbriefe, die völlig kritiklos sind (womit wir nicht zur Kritelei aufrufen möchten), finden wir auch nicht gut. Wir halten es aber nicht für falsch, Briefe zu veröffentlichen, die besonderes Lob enthalten. Nur möchten wir hier betonen: Manche Leser sollten konkreter schreiben, wieso sie einen Artikel usw. gut finden. Da in vielen Briefen gleiche Kritikpunkte auftauchen, veröffentlichen wir hier jeweils eine Kritik repräsentativ für die anderen. Leserbriefe, die grundsätzliche Fragen berühren, lassen sich faktisch nur so beantworten, indem wir sie in der Redaktion diskutieren und in Artikeln und einer Verbesserung der allgemeinen Linie des Roten Morgen verarbeiten.
Wir fordern unsere Parteigenossen nochmals auf, in der täglichen Agitationsarbeit die Sympathisanten und Leser des Roten Morgen verstärkt zur Kritk zu ermuntern.

Schindluder

mit den berechtigten Forderungen der Studenten – das tat der MSB Spartakus (Studentenorganisation der D'K'P) und der von ihm geführte VDS (Verband deutscher Studentenschaften) am 15. 11. in Wiesbaden. Mit von der Partie waren die SPD-Jusos. – Worum gings?

waren 3.000 Kollegen!!!). Aber die Kollegen wiesen seine Lügen nach und zeigten den Verrat der SPD-Betriebsräte auf. Gansel war fix und fertig.

... Wir haben über 30 Rote Morgen verkauft und sicherlich mehrere Leute für unsere Politik und die KPD/ML gewinnen können.

Rot Front
Ein Rotgardist aus Kiel

Bundestagswahl - was hat sie gebracht?

Zu diesem Thema führte der Landesverband NRW Ende November drei Versammlungen in Duisburg-Beek, Wattenscheid, Eppendorf und Bielefeld durch, auf denen der Vorsitzende unserer Partei, der Genosse Ernst Aust sprach. Der gute Besuch der Veranstaltungen (in Bielefeld 400) zeigte das rege Interesse der Arbeiter und der Genossen aus anderen marxistisch-leninistischen Organisationen an den Versammlungen der KPD/ML. In seinem Referat ging der Genosse Ernst Aust u. a. auch auf die Notwendigkeit der Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten ein und stellte fest, daß das Zirklewesen nur den Kapitalisten und Revisionisten nützt. Es in sachlicher, prinzipienfester Diskussion zu überwinden, muß die Aufgabe aller Marxisten-Leninisten sein. Neben der Vorführung des Films 'Reform oder Revolution' trat die Agit-Proptruppe des Landesverbades erfolgreich mit Liedern und Sketschs auf.



deutsche Kommunisten! Wir sind sicher, dass in der DDR die Arbeiter ihre Herrschaft wiedererrichten werden.

Liebe Genossen!

...Im Übrigen bin ich aufgrund eigener Erlebnisse der Auffassung, dass zur Zeit mehr fortschrittliche Menschen, Junge und Alte, von der Demagogie der SPD lahmgelegt werden als von der Verratspolitik der DKP. Für viele fortschrittliche Menschen stellt die SPD tatsächlich nicht die glänzende Zukunft, aber das kleinere Übel dar. Das gilt besonders für die Arbeiter, die dieses Übel schon oft direkt miterlebt haben; z.B. wurden beim Septemberstreik bei Howaldt die SPD-Flugblätter weggeworfen, kurze Zeit später bei den Bundestagswahlen hat Steffen in dem Bezirk mehr als 60 % bekommen. Die DKP dagegen kann zwar in einzelnen konkreten Aktionen einige Leute verwirren... Sie ist doch aber bei der Masse des Volkes durch die negativen Vorbilder UDSSR und DDR ziemlich disqualifiziert.

RM-Redaktion: Leserbriefe mit der Frage: 'Sind die modernen Revisionisten nicht heute doch noch ungefährlicher als die SPD', haben uns mehrfach erreicht. Zur Antwort verweisen wir unsere Leser auf den Kommentar zur Wahl S. 2 und auf nebenstehenden Bericht über eine Studentendemonstration. Bei letzterem wird aus der Praxis deutlich, wo die besondere Gefährlichkeit der Revisionisten liegt. – Dies gilt übrigens auch für das Beispiel dieses Genossen aus Kiel: Ist eine Partei, die 'in einzelnen konkreten Aktionen' (also bei Streiks, Demonstrationen, Hausbesetzungen usw.) die 'Leute verwirrt' (also abwiegelt) nicht gefährlicher als eine Partei wie die SPD, die die Werktätigen zwar als 'kleineres parlamentarisches Übel' wählen, deren Flugblätter sie bei Streiks usw. aber wegwerfen?!

Wir haben die Gruppe Ernst Thälmann/ML, die sich im letzten Jahr vom KSB/ML Marburg abgespalten hat, aufgelöst und uns einheitlich der Linie der KPD/ML untergeordnet. Wir verurteilen unsere bisherige Politik, mit der wir den Kampf der Volksmassen sabotierten und die Partei des westdeutschen Proletariats zerstören wollten.

Angst vor dem Klassenkampf zeigte sich in allem, was wir ausbrüteten. 'Erst Theorie, dann Praxis – das Bewusstsein der Arbeiterklasse ist durch und durch bürgerlich – Hauptschlag gegen die KPD/ML' – das waren die Hauptparolen unserer Führer. Was bedeutet das anderes als: Die Intellektuellen müssen die Führung innehaben. Dabei kann jeder lesen, daß die albanischen Genossen ständig betonen: Gerade heute ist die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse ein Prüfstein für alle Revolutionäre! (Die Genossen erklären, warum nur die KPD/ML die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse sein kann. Sie fahren fort:)

Wir fordern alle revolutionären Genossen der verschiedenen marxistisch-leninistischen Organisationen in der BRD auf: Nehmt die Politik Eurer Führer genau unter die Lupe! Stellt sie zur Rede wegen ihrer spalterischen Zirkel- und 'Partei'-Gründnungen.

Heute, wo die Massenkämpfe einen immer größeren Aufschwung nehmen und die Bourgeoisie immer verzweifelter um sich schlägt, brauchen wir alle ehrlichen Genossen. Folgt unserem Beispiel, kämpft für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!

Die obengenannten Organisationen hatten zu einem Sternmarsch nach Wiesbaden aufgerufen unter der Parole: "Runter mit der Rüstung, mehr Geld für die Bildung!" Ein Zug von 3 000 bis 4 000 Studenten bewegte sich durch die Strassen. Ziel: Kultusministerium.

Schon einmal hatte vor 2 Jahren eine solche Demonstration stattgefunden und mit einer Kundgebung vor dem Kultusministerium geendet. Schon von weitem hatte man die Rufe gehört: 'Friedeburg – wir kommen!' Aus Angst vor den Studenten hatte diesmal der Kultusminister Lautsprecher anbringen lassen – vor 2 Jahren hatte er es nicht einmal nötig gehabt, zu den unzufriedenen Studenten zu sprechen.

Was aber taten die revisionistischen Anführer des Demonstrationszuges? Anstatt die Demonstration auf dem Luisenplatz (vor dem Kultusministerium) enden zu lassen und den Kultusminister zur Stellungnahme zu zwingen, führten sie die Studentenmassen im Eiltempo am Ministerium vorbei (Friedeburg war dafür den Revisionisten sicher sehr dankbar) und zogen zur Rhein-Main-Halle, wo sie die Bildungsmisere-Veranstaltung zu einer Wahlkampfparty der D'K'P umfunktionierten.

Die Massen vom Kampf abhalten und auf den parlamentarischen Wahlschwindel vertrösten! Von einem mysteriösen 'Rechtskartell' sprechen, das angeblich allein für die Rüstungsausgaben und die Bildungsmisere verantwortlich sei, aber nichts von den derzeit regierenden Handlangern des Kapitals, der SPD, sagen. Das ist die revisionistische Politik!

Diese Unverschämtheit konnten wir, Genossen des KSB/ML und fortschrittliche Studenten, nicht hinnehmen. Wir hatten uns am Eingang der Halle in einer Gruppe von etwa 50 Studenten versammelt und beschlossen, diesem Wahltheater ein Ende zu bereiten und zur Bühne zu gehen. Wir wollten endlich über die Unzufriedenheit der Studenten und ihre berechtigten Forderungen sprechen. Im Nu bildeten aber die Revisionisten Raus-Schmeiss-Trupps und begannen uns hinauszudrängen. Im Handgemenge – die Revisionisten waren in der Überzahl – gelang das leider auch. Dabei schlugen die Revisionisten vor allem auf Mädchen ein; bei gleichstarken Jungens waren sie zu feige.

Vor der Saaltür bildeten sich große Diskussionsgruppen. Wir verkauften den ROTEN MORGEN und entlarvten unter dem Beifall der Studenten die Revisionisten und ihre Politik: Im Klassenkampf sich an die Spitze der spontanen Bewegung stellen, um sie abzuwiegeln und ins Fahrwasser des bürgerlichen Parlamentarismus zu führen.

Die unzufriedenen Gesichter derjenigen, die nach der Wahlveranstaltung aus dem Saal kamen, zeigten, daß die Linie der KPD/ML noch entschlossener durchgesetzt werden muß – auch und gerade nach dieser Wahl:

DIE REVISIONISTISCHEN FEINDE IN UNSEREN REIHEN ENTLARVEN, UM DEN KAPITALISMUS BEKÄMPFEN ZU KÖNNEN!

Bauern - Wehrt Euch!

KÄMPFE IN BLOMDORF

Blomdorf; Neumarkt/ Oberpfalz. (RM). Die Seilbahn, die den Lehm zum Ziegelwerk bringt, ist zu klein geworden. Der Kapitalist läßt den Transport mit Lastern durchführen. Aber die Laster müssen durchs Dorf fahren. Sie müssen über Feldwege.

Ein Bauer sagt dazu: "Die wollen doch bloss billiger arbeiten: Die Seilbahn, mit der sie früher ihren Lehm holten, ist ihnen zu klein geworden. Und eine neue ist ihnen zu teuer – und deshalb sollen wir unsere Wege kaputt machen lassen?"

Nein! Zuviele Bauern sind schon draufgegangen und mussten aufgeben. In jedem Jahr mehrere tausend. Für den Profit der Kapitalisten draufgehen?

"Das hält doch kein Schwein aus! Fast jede Minute donnert ein Laster durchs Dorf und versaut alles mit Lehmmassen, dass kein Mensch durchkommt. Unsere Feldwege sind nur noch Schlammwüsten – und wir müssen für die Schäden aufkommen!"

Schluß jetzt, die Bauern wehren sich. Mit Traktoren und Mistwagen wurde der Weg blockiert. Oder im Schrittempo vor den Lastern hergefahren. Der Transport muß eingestellt werden. Gericht und Landrat(te), die Büttel der Kapitalisten, treten auf den Plan. Es wurde 'Recht' gesprochen – gegen die Bauern, für die Kapitalisten. Der Weg soll wieder frei gegeben werden. Das ist kein Recht, das ist Klassenjustiz!

Im Raumordnungsbericht 1971 Kiel, S. 43, ist zu lesen:

"Bei der Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigten fällt besonders der Geestraum im Landesteil Schleswig ... auf, in denen verschiedene militärische Anlagen eingerichtet wurden, die in fast allen Nahbereichen zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Beschäftigten bei den Dienstleistungen führten. Allerdings haben diese Räume alle geringe absolute Einwohner-und Beschäftigtenzahlen. Aus dem Gesamtbild ergibt sich für die zukünftige Entwicklung im Lande, dass über die gute Lenkung der räumlichen Verteilung von militärischen Einrichtungen hinaus unter Beschäftigungsgesichtspunkten auch versucht werden muss, in anderen Dienstleistungsbetrieben einzugreifen."

DIE BUNDESWEHR IST EUER FEIND

Ruinierte Bauern und verarmende Kleinbürger auf dem Lande sollen also durch die Bundeswehr 'beschäftigt' werden. Das ist also der 'Ausweg', den der Kapitalismus den Landbewohnern, den werktätigen Bauern zu bieten hat: die Militarisierung des Landes! Bauern, jagt die Bundeswehr von Euren Äkkern, Erzieht Eure Söhne zu a[illegible]i-militaristischen Kämpfern, verbündet Euch mit dem kämpfenden Proletariat – unser Feind ist der Gleiche!



Deutsche Bauern demonstrieren in Brüssel gegen die Agrarpolitik der Brandt/Scheel-Regierung



Die norwegischen Bauern kämpften erfolgreich gegen die Eingliederung ihres Landes in die EWG. – Hier ein Bild von einer Demonstration in Rena. (Aus: 'Klassenkampfen')



"Kieck door"... Agitationslied aus Norddeutschland

"Kieck door, wat is dat door achtern so rot?"
"Dat sünd dee von Marx und Lenin, dee verjoocht de Not!
Mit'n Bessen ut Isen, verjoocht see den
Kapitalismus, den grisen,
Wo de Riecken dat ümmer kommoder häfft,
Doch manch een Minsch ob de Strecke blifft."
"Jo, künnt see dat denn alleen?"
"Nee, darüm müt wi uns aal vereen.
Von nun an heet dat mit grooten Juchei:
Unnestützt de kommunistische Partei!"

VORAN MIT DE KPD/ML!

Dieses Lied wurde uns von einem Genossen aus Schleswig zugeschickt. Der Genosse weist darauf hin, dass dieses Lied **zum praktischen Gebrauch** bei der Agitation unter den norddeut-

recht, das ist Klassenjustiz.
Die Bauern machten nicht mit: Der Weg wurde erneut blockiert.

Der Landart findet einen 'Kompromiss', einen Trick in Wirklichkeit. Die Laster sollen um das Dorf herumfahren.

Die Bauern kämpfen weiter. Sie haben neue Verbündete gewonnen. Kaum dass die Laster auf der neuen Route fuhren, wurden sie wieder gestoppt. Diesmal waren es die Hausfrauen. Mit Besen bewaffnet, machten sie die Strassen dicht.

Der Geschäftsführer der Ziegelei klagt: "Wenn das so weitergeht, fahren wir noch nach Weihnachten!"

Und das geht so weiter! Die Bauern und Hausfrauen werden im Kampf aushalten. Bis die Fuhren endgültig eingestellt sind. Einer sagte sogar: "Man sollte denen ein paar Handgranaten unter die Räder legen."

Aber die Bauern müssen erkennen: Wer da im Laster sitzt, der Arbeiter, der wird genauso vom Kapitalisten ausgebeutet und geschädigt. Deshalb müssen die Bauern in Blomdorf die Arbeiter der Ziegelei gewinnen. Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern gegen die Ausbeuterklasse muß heute schon in den täglichen Kämpfen geschmiedet werden!

BUNDESWEHR BEDROHT BAUERN

300 Hektar meist hochwertigen Ackerlandes in den Gemeinden Ellwangen, Dalkingen und Schwabberg (Baden-Württemberg) will die Bundeswehr den Bauern wegnehmen. Damit soll der Standortübungsplatz der Garnison Ellwangen vergrössert werden. Die Gemeinderäte der drei Gemeinden haben gemeinsam scharf dagegen protestiert und erklärt, dass durch Pläne die Existenz von 40-60 bäuerlichen Betrieben vernichtet würden.



zum praktischen Gebrauch bei der Agitation unter den norddeutschen Arbeitern und Bauern gedacht ist.

Grussbotschaft

der J.C.E. (M-L)
(Juventud Comunista de Espana/Marxista-Leninista)

AN DIE KOMMUNISTISCHEN JUGENDLICHEN DEUTSCHLANDS (MARXISTEN-LENINISTEN) 'ROTE GARDE' UND AN ALLE REVOLUTIONÄREN JUGENDLICHEN WESTDEUTSCHLANDS

Genossen!

In dem historischen Augenblick, den die Abhaltung der 1. Nationalen Konferenz der Einigung der **KOMMUNISTISCHEN JUGEND SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN)** darstellt für den revolutionären Kampf der Jugend des ganzen spanischen Volkes, ist es deren ausdrücklicher Wunsch, Euch Genossen von der ROTEN GARDE und durch Euch allen jungen Revolutionären Eures Landes einen brüderlichen und brennenden Kampfesgruss zu schicken.

Die J.C.E.(M-L) (Juventud Comunista de España/Marxista-Leninista) stellt an die erste Stelle die Notwendigkeit des **Kampfes auf Leben und Tod gegen die faschistische Oligarchie**, – einst Lakai von Hitler und Mussolini während des Aufschwungs des Nazifaschismus – heute Lakai des nordamerikanischen Imperialismus. **Damit unser Volk siegreich aus diesem Kampf hervorgeht**, führen die Kommunistische Partei Spaniens (M-L) und unter ihrer Führung die Kommunistische Jugend Spaniens (M-L) den Kampf bis zum siegreichen Ende **gegen die wirksamsten Agenten und Kumpane, die modernen Revisionisten**, angeführt in der Welt von den russischen Sozialimperialisten und in Spanien vertreten durch verschiedene Cliquen. Die wichtigste unter ihnen ist die des Renegaten, Volksfeinds und Agenten der Oligarchie: Santiago Carillo Solares.

Die Bande der Solidarität, die unsere beiden Völker, unsere beiden Bruderparteien und die jugendlichen Revolutionäre der beiden Länder verbinden, sind für immer getränkt mit dem Blut der heroischen Kämpfer der internationalen Brigaden, **die wie jene des ruhmreichen Thälmann-Bataillons sich opferten für die Sache der Völkerfreiheit und der Zerschlagung des Faschismus.**

Diese Solidarität bleibt bestehen und verstärkt sich Tag für Tag. Unser Kampf ist ein gemeinsamer Kampf gegen die Reaktion, angeführt vom US-Imperialismus und vom sowjetischen Sozialimperialismus. Wir möchten Euch unseren tiefsten Dank aussprechen für die Beweise der Hilfe und des proletarischen Internationalismus, welche Eure Partei auch dem Kampf unseres Volkes und dem Kampf der emigrierten (ausgewanderten) Arbeiter unseres Landes im Rahmen Eurer Möglichkeiten entgegenbringt.

Es gibt für uns keinen Zweifel, Genossen: der Kampf des deutschen Volkes geführt von der KPD/ML, wird siegen und in den ersten Reihen der Kämpfe und der Klassenschlachten findet sich – und wird sich immer finden – die kommunistische, marxistisch-leninistische Jugend Deutschlands!

Für die 1. Nationale Konferenz der Einigung der Kommunistischen Jugend Spaniens (Marxisten-Leninisten)
Das Nationalkomitee

ES LEBE DIE KPD/ML!
ES LEBE DIE PCE/ML!
ES LEBE DIE TIEFE INTERNATIONALISTISCHE FREUNDSCHAFT UNSERER BEIDEN VÖLKER!